Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, Juli/August 2022 *72. Jahrgang, Nr. 837/838*

Opferrente: Die Argumente sind gut dargelegt und machen Zuversicht

Die Bundesbeauftragte für die Opfer des SED-Unrechts legt den Jahresbericht 2022 vor

Das Thema einer spürbar höheren Opferrente ist in diesen Zeiten, in denen die Preise explodieren, der Krieg in der Ukraine zur Dauererscheinung geworden ist und sich die Menschen im Land fragen, ob sie im kommenden Winter wegen ausbleibender Gaslieferungen nicht erfrieren, für die SED-Opfer mit an die erste Stelle gerückt. Gerade eine deutlich höhere Besondere Zuwendung – zumindest die Zusage darauf – könnte den SED-Opfern, die sich auf einmal ihrem beinahe überwunden geglaubten Hafttrauma erneut ausgeliefert sehen, eine gewisse Beruhigung bringen. Wiewohl die Bemühungen, die durch die VOS bzw. die Freiheitsglocke seit Beginn des Jahres unablässig vorangetrieben wurden, noch zu keinen konkreten Ergebnissen geführt haben, sind wir doch auf einem guten Weg. Das jüngste Treffen zwischen der SED- Opferbeauftragten Frau Zupke (als Initiatorin) mit dem Bundesvorsitzenden der VOS Hugo Diederich (Foto: © Bundesbeauftragte) weist nun in diese Richtung. Mag sein, dass die anfangs geäußerte Forderung der Betroffenen nach einer Aufstockung des monatlichen Betrages auf 800 Euro zu hoch gegriffen erscheint, so ist doch das Argument als solches begründet und eine Erhöhung sinnvoll. Ein Inflationsausgleich auf Basis der derzeitigen Zuwendung von 330 Euro wäre angesichts der Grundbedürfnisse nur bedingt eine Hilfe. Fakt ist: Sofern wir demnächst überhaupt ausreichend Erdgas bekommen, könnte Heizen zu einem werden, den sich dann viele Opfer nicht leisten können. Nahe liegend wäre also: Die Opferrente einmalig spürbar zu erhöhen und fortan eine jährliche Dynamisierung – entweder mit Bezug zur Inflationsrate oder zur Steigerung der Altersrenten – festzuschreiben. Man würde damit der Debatte über die Angemessenheit der Höhe der Opferrente aus dem Wege gehen und den Opfern der SED-Diktatur die als belastend wahrgenommene Diskussion um weitere Verbesserungen vermeiden.

Ein erfreulicher Anblick: Die Bundesbeauftragte Evelyn Zupke überreicht dem VOS-Vorsitzenden Hugo Diederich den Jahresbericht 2022

Dass das auch der Standpunkt der Bundesbeauftragten ist, wird im Jahresbericht deutlich. Hierin wird zudem vorgeschlagen, die Opferrente von der Bedürftigkeit der Bezieher zu entkoppeln. Auch das wäre ein Fortschritt. Hinzuweisen ist darauf, dass der Bericht – er umfasst 43 Seiten und wird auf Seite 17 dieser FG-Ausgabe vorgestellt – eine Reihe weiterer Erkenntnisse, Ergebnisse und Vorschläge enthält, die neben der Verbesserung der sozialen Situation der Einzelnen auch zur Aufwertung der gemeinsamen Lebensleistung der SED-Opfer und Widerständler gegen die Diktatur beiträgt. So sollen die Gedenktage künftig wieder nachdrücklich im Kalender der Politiker verankert und den Opfern die Teilnahme an den Veranstaltungen erleichtert werden. Der Bericht liefert zudem eine detaillierte Analyse zur Einkommenssituation ehemaliger Häftlinge und Verfolgter. Demnach erreicht die Hälfte der in die Untersuchung einbezogenen Betroffenen nicht einmal das Niveau der Grundrente.

Anm.: Der Artikel wird auf Seite 18 dieser Ausgabe fortgesetzt →

Alexander Richter-Kariger

Seit der Krieg in der Ukraine ausgebrochen ist, haben wir uns in der Fg umfangreich damit befasst. Es ging dabei nicht nur um meine Meinung, sondern es war wichtig, dass auch die Mitglieder zu Wort kamen. Dadurch standen mitunter emotional geprägte Akzente im Vordergrund. Gerade die ehemaligen politischen Häftlinge des kommunistischen Systems sind auf verschiedene Weise seelisch tief berührt. Ich selbst bilde dabei keine Ausnahme. Verfolgung, Haft und das gesamte, als gewaltbereite Diktatur angelegte SED-Regime tauchen in der Erinnerung wieder auf, man kann sich schwerlich dagegen wehren. Ich halte es für wichtig, dass man darüber schreibt und sich dazu austauscht.

Inzwischen ist der Krieg zu einer Erscheinung geworden, mit der wir leben. Es geht derweil weniger darum, ob er uns erreicht als vielmehr um die Frage, wie wir seine Auswirkungen bewältigen können. Die Inflation droht gigantische Ausmaße anzunehmen, die Angst vor schwindelnd hohen Heizkosten ist nun Realität und wird durch die Politiker und maßgebende Institutionen geschürt. Seit 2014 wurde über die Richtigkeit des Baus von Nordstream II diskutiert. Alle Warnungen wurden abgebügelt. Wir haben zugesehen, wie die Atomkraftwerke abgeschaltet und die Kohlekraftwerke zurückgefahren wurden. Über einen möglichen Ausfall der Gaslieferungen durfte trotz diverser warnender Stimmen zu keiner Zeit laut nachgedacht werden. Ist es nun wieder so? Diejenigen, die auf die fertige Leitung Nordstream II als – zumindest für den Übergang – brauchbare Lösung hinweisen, werden als Putin-Freunde abgetan. Wer dann noch fragt, wem damit geholfen ist, dass wir frieren und uns vor dem unausbleiblichen Einbruch der Lebensbedingungen sorgen, dem wird der Mund zugehalten. Darf man wirklich nicht mehr sagen, dass man den eingeschlagenen Weg für falsch hält? Ich hörte vor einigen Tagen ein Zitat, das der Komiker Karl Valentin Anfang 1933 äußerte: „Hoffentlich wird nicht alles so schlimm, wie es schon ist.“ Ja, man braucht durchaus Humor, um die jetzt angebrochene Zeit zu bewältigen. Andererseits sollte man auch den Mut haben, seine Meinung zu sagen. Es ist immer noch der Unterschied zum Kommunismus, dass man deswegen nicht eingesperrt wird. Man kann sicherlich die heutigen Politiker nicht für die elementaren Fehler der Vergangenheit haftbar machen, aber man kann verlangen, dass man zur Beseitigung der Folgen beiträgt. In unserem Fall leitet sich konkret die deutliche Aufbesserung der Opferrente daraus ab. Sachliche Begründungen haben wir hinreichend gegeben.

Auf ein Wort des Redakteurs

Nach dem gerade veröffentlichten Jahresbericht für 2022 der Bundesbeauftragten für die Opfer des SED-Unrechts sind unsere Interessen deutlich herausgearbeitet. Die Vorzeichen auf ein gemeinsames Vorgehen sind positiv. Der Impuls, den wir vor einem halben Jahr in der Freiheitsglocke gegeben haben, ist nicht verpufft. Ich habe schon auf Seite eins dieser Ausgabe darauf hingewiesen, dass sich in der Verfahrensweise der Antidiskriminierungsfälle – auch hier haben die Fraktionen des Bundestags eine Beauftragte eingesetzt – bei der Beweislastumkehr für uns ehemalige Häftlinge deutliche Parallelen ergeben. Die politische Haft in der DDR ist mehr als ein Indiz. Sie ist real; solange wir leben und nicht immer wieder als Bittsteller und Randgruppe auftreten, wird sie es bleiben. Ohne unseren Widerstand und das erlittene Leid würde sich der Bundestag noch heute in Bonn befinden, hätten wir heuer andere Verhältnisse in Europa. Auch wir haben Todesopfer zu beklagen, zu denen mutige Leute wie Gartenschläger, Brüsewitz und Peter Fechter gehören. Jeder Einzelne aus unseren Reihen hat durch die Haft sein persönliches Opfer gebracht, was sich in geringeren Einkommen niederschlägt. Es geht aber auch – und das haben wir längst angemahnt – um Verhaftungen im Ausland, etwa wie im Fall von Peter Plach, oder um vernichtende Zersetzungen ohne Haft wie im Fall von Fritz Schaarschmidt. Wenn wir Verbesserungen wollen, dann sollen möglichst viele Geschädigte davon profitieren.

Im nächsten Jahr erleben wir nun das 70-jährige Gedenken an den Volksaufstand vom Juni 1953. Datum und Anlass sind inzwischen wieder häufiger im Gespräch, die Erinnerung an den einstmals offiziellen (arbeitsfreien) Gedenk- und Feiertag werden wieder wach. Wir im Verband sind natürlich diejenigen, denen der Tag immer wichtig gewesen ist. Wir hatten es ein einziges Mal geschafft, durch eine Briefmarke auf das Datum aufmerksam zu machen. Es war vor 19 Jahren, als für die Gestaltung der Marken noch Vorrechte galten. Die Exemplare waren schnell vergriffen, eine Neuauflage wurde verweigert.

Mittlerweile bietet die Deutsche Post die Möglichkeit der eigenen Gestaltung von Marken an. Soll heißen: Könnten wir auf diesem Wege etwas für das Gedenken tun? Die politische Lage würde durch den Neo-Sowjetismus und die zu erahnenden globalen Folgen allemal für Rückenwind sprechen. Wir hätten ein Jahr Vorlauf, müssten uns allerdings auf ein Motiv einigen, und jemand sollte sich – bitte auf Selbstkosten- bzw. Ehrenamtsbasis – mit Gestaltungsvorschlägen einbringen.

Abschließend eine Anmerkung zu dieser Zeitung. Ich versuche seit 25 Jahren eine breite Palette an Themen und Rubriken anzubieten, ohne dabei die Ziele der Opfer zu vernachlässigen und auf eine Berichterstattung von offiziellen Veranstaltungen zu verzichten. Auch die Würdigung von Verstorbenen oder die Schilderung von Häftlingsschicksalen halte ich für wichtig. Nicht jede und jeder kann und muss alles lesen. Ich selbst lese in großen Zeitschriften in der Tat auch nur ausgewählte Artikel, bin mir aber bewusst, dass auch andere Leser einen Anspruch auf Themen haben, die sie interessieren. Das gilt auch (weiterhin) für die Freiheitsglocke.

Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter-Kariger

AKTUELLE THEMEN IN DIESER AUSGABE:

Gedenken zum 17. Juni 2022 und der Wunsch nach einem offiziellen Feiertag

Titelseite

Ein Bericht der Bundesbeauftragten, der den Opfern wirklich helfen kann (→ Seiter 18)
Wirksame Verbesserungen für alle SED-Opfer? (→ Fortsetzun auf Seiter 18)

***Redaktionsthema*: Worum es uns geht**
Jetzt bereits an den 17. Juni 2023 denken 2

Die „gnädige Prüfung" der Erhöhung der Opferrente ist für mich eine tiefe Kränkung
Ehemaliges VOS-Vorstandsmitglied Bernd Pieper äußert sich zur Initiative 800 4

Einer unserer langjährigen Besten
Kurzporträt: Bernd Pieper 4

Meldungen, Meinungen, Hinweise:
- Büro der SED-Opferbeauftragten wertet Besuch des VOS-Vorstandes positiv
- 2023: 70 Jahre Volksaufstand
- betrübliche Gutachtersituation
- Lern- und Erinnerungsorte
- Gneiststraße in O'burg: wann? 5

Politik sehr gut vertreten. Teilnahme durch Schulklassen fand leider nicht statt
Gedenken zum Volksaufstand in Düren/NRW 6

Entsorgung des schlechten Gewissens?
Stefan Krikowski schreibt an Franziska Giffey 7

VOS Berlin: Gedenken hat nun einen Bezug zur Gegenwart
Feierlichkeit zum Jahrestag 17. Juni 8

K O L U M N E N kurzgefasst:

Die Linke: Niedergang in Prozenten 9
Merkel-Interview: Kanzlerin „after work"? 9
Melnik: Wir weinen nicht um ihn 9

Das Leid und das Unrecht nicht ignorieren
Tag der Offenen Tür in Neubrandenburg 10

Ehrung: Einer, der alle(s) zusammenhält
Holker Thierfeld bekommt verdientermaßen das Goldene Ehrenzeichen der VOS 10

Aufarbeitung und Wein Philosophie
Hohe Auszeichnung für B. Müller-Kaller 11

Peter Plach: Im Bruderland zum Spion gemacht und in der Haft grausam gepeinigt
Ehemalige politische Häftlinge des Auslands müssen ebenfalls entschädigt werden 12 – 13

Als hätte sich die Politik verschworen
Die Weigerung der Stadt Neubrandenburg gegen die Gedenkstätte wirkt beinahe grotesk 14

Psychiatrie in der DDR: Ein falsches Wort reichte zur Einweisung
Ein Brief mit Folgen an die Instanzen 15

Vor 50 Jahren: Kampf der Könige
Spasski gegen Fischer. SU gegen USA 15

Rückblick DDR: Der 8. Mai war nicht wirklich ein Tag der Befreiung
Eine überzeugende Argumentation 16

Die Dokumentation enthält alle wichtigen Themen und Forderungen
Über den Jahresbericht der Bundesbeauftragten für die SED-Opfer 17

Auch mit 95 Jahren unverwüstlich
VOS gratuliert Christine Härtkorn 18

Das war Mielkes blutige Handschrift
Am Grab von Werner Teske und der anderen Opfer dieses Regimes 18

Gute Geschäfte, hohe Profite, billige Einkäufe - die Gefahr wird jedoch unterschätzt
Chinas Wirtschaft und seine Politik als gigantische Gefahr für unsere Demokratie 19

Von Freiheit immer weniger zu spüren
Hongkong – 25 Jahre danach der „Übergabe" 19

Knastlexikon, Zitate 2, 11
Briefe, Suche 7, 10, 20
Glückwünsche 18
Nachrufe 19, 20
Impressum 20

Die Spendenbereitschaft ist zurückgegangen:

Karl-Heinz Ulrich, Friedrich Wilhelm Sperling, Carmen Lorenz, Manfred Helbing, Sylvester Seraczek, Reinhard Golde, Karl-Günter Wehling, Johannes und Waltraud Rink, Frank Dickmann, Beate Rusch, Helmut Weckschmied, Rainer Hohmuth, Waltraud Baumann, Dr. Georg Steinhagen, Heinz Bemme, Irma Sann, Gerd Ahnert, Rolf Unger, Michael Faber, Jürgen Weisbach, Hans-Joachim Markgraf

Danke allen, die so großzügig für das Weiterbestehen unseres Verbandes gespendet haben.

Nächste Ausgabe:
Peter Plach (zweiter Teil des Berichts in Häftlingsschicksal, André Rohloff mit Fortsetzung zur Situation. In Neubrandenburg. *Änderungen möglich*

Gedenkbibliothek im Nikolaiviertel, Berlin
23. August 2022
"Ehemalige DDR-Bewohner im Visier des MfS"
Vortrag von Bernd Lippmann, VOS

Hinweis an die Leserinnen und Leser, die die Freiheitsglocke kostenlos im Internet lesen:

Liebe Gratiskonsumenten, bitte bedenken Sie, dass Sie durch diese Art der Lektüre eine Leistung erhalten, die andere (ca. 900 zahlende VOS-Mitglieder) für Sie ermöglichen. Entscheiden Sie daher selbst, ob Sie durch eine jährliche Spende, durch ein reguläres Abonnement unserer Verbandszeitschrift oder eine Mitgliedschaft in der VOS helfen, zur kostendeckenden Veröffentlichung der Freiheitsglocke beizutragen. Sie werden sich dadurch einfach besser fühlen, denn Sie unterstützen damit sowohl die Meinungsfreiheit, die in Deutschland keineswegs eine Selbstverständlichkeit mehr ist, und Sie tragen dazu bei, geschichtliches Wissen auf lange Zeit zu dokumentieren. Mit verbindlichem Dank.

Alexander Richter-Kariger, Redakteur

Die Inflationsrate frisst auch die mittleren Einkommensgruppen auf

Ex-Vorstandsmitglied der VOS Bernd Pieper mit realistischem Blick auf die Initiative 800

Als ich vor einigen Wochen das erste Mal von der Initiative 800 las, wunderte ich mich doch ein wenig. Das war nicht wegen der (relativ) hohen Forderung, die sicher auf den ersten Blick unrealistisch scheint, sondern eher weil wir nun schon seit Jahren nichts Entscheidendes unternommen haben, um unsere Interessen als ehemalige politische Häftlinge wirksamer und zielgerichtet zu vertreten. Tatsächlich sind wir als VOS – meine Meinung – in eine Art Gleichgültigkeit verfallen oder haben uns verrannt. Dass wir mit dem Kampf gegen das Rentenunrecht nichts erreichen, hatte ich von Anbeginn begriffen, wiewohl es guttat, Leben in unseren Reihen zu beobachten. Nun ist diese Forderung also passé, und wir sollten uns mit ähnlicher Kraft dem neuen Vorhaben widmen, solange wir noch einigermaßen aufgestellt sind.

Diese Initiative 800 sehe ich als Vorstoß und als Aufruf, an der möglichst viele Kameradinnen und Kameraden mitwirken sollten. Die bisherige Zustimmung der Kameraden hat mich wirklich mit Genugtuung erfüllt. Über die Inhalte und Ziele kann man natürlich reden. Grundsätzlich halte ich es jedoch für richtig, alle, die durch die Machenschaften der SED-Diktatur und durch irgendeine Form des Widerstands erheblich benachteiligt worden sind, in diesem Projekt mitzunehmen. Damit meine ich auch die politischen Häftlinge, die im Ausland ihre Strafe verbüßen mussten und die hier keinen Anspruch auf Entschädigungen erheben dürfen. Ich muss fragen: Haben wir nicht inzwischen die Europäische Union, wo dicke Gelder als Sozialhilfen in Länder fließen, die Deutschland als Nettozahler unterstützt? Messen wir da nicht mit zweierlei Maß?

Ich bin der Meinung, man muss auch Geschädigten helfen, die nur kurz oder gar nicht inhaftiert waren. Ich würde eine Staffelung nach Haftzeiten für angemessen ansehen und vor allem davon abraten, lediglich über den Modus der Bedürftigkeit nachzudenken. Es ist eine Zumutung für die Geschädigten, immer wieder Anträge stellen zu müssen, in denen man persönliche Daten offenlegen muss. Deutschland ist ein Land mit geradezu übertriebenem Datenschutz. Nur wenn es um die Unterstützung von ehemaligen politischen Häftlingen geht, gilt das nicht. Die Idee des Härtefallfonds halte ich daher für ungeeignet. Diejenigen, die bedürftig sind, erfahren ohnehin Sozialleistungen. Dementsprechend ist ein Härtefallfonds nichts anderes als eine Umverteilung. Und um das eine Wort, das in anderen Beiträgen bereits genannt wurde, noch einmal deutlich auszusprechen: „Wir sind keine Bettler."

Natürlich möchte ich mich auch zu der Summe äußern. 800 Euro sind eine hohe Forderung. Der Sprung um fast 500 Euro wirkt beinahe unverfroren. Dennoch würde es den Opfern guttun, und damit meine ich alle. Die aktuelle Inflationsrate frisst auch die mittleren Einkommensgruppen auf. Viele von uns würden von selbst auf Klagen auf Gesundheitsschäden verzichten, weil sie – ich nehme mich nicht aus – hier eine viel zu hohe Hürde sehen. Allein der Gedanke an das Gutachtergespräch lässt mich zurückschrecken.

Andererseits stimme ich unserem Redakteur als Initiator zu, dass auch eine festgeschriebene jährliche Anpassung an die hohe Inflationsrate eine Hilfe wäre. Allerdings muss man kein hervorragender Mathematiker sein, um die Differenz zu den eigentlich anvisierten 800 Euro zu begreifen.

Wie gesagt, ich bin ausgesprochen dankbar, dass wir den vielleicht letzten Versuch einer Offensive gewagt haben. Einen Erfolg sehe ich jedoch nur vage. Wir sind auf Unterstützung und Partnerschaften angewiesen. Wenn wir am Ende leer ausgehen, liegt das dann nicht mehr an uns. Das, was uns angeboten wurde, eine Aufstockung der Opferrente nach fünf Jahren ganz gnädig zu prüfen, ist für mich als einstiger Häftling und jahrzehntelanges VOS-Mitglied eine tiefe Kränkung. Ich habe als einstiges Vorstandsmitglied die großen Vertreter unseres Verbandes erlebt. Jutta Giersch oder Richard Knöchel haben ihre gesamte Amtszeit lang vergeblich für eine Opferrente gekämpft. Erst die Vorstandsgeneration nach 2005 und der Redakteur der Fg haben das geschafft. Soll heißen: Wir sind trotz gesunkener Mitgliedszahlen nicht tot. Das beweist die Initiative 800, mit der wir uns gemeldet und an die Bundesopferbeauftragte gewandt haben. Ich bin zuversichtlich, dass wir wieder einen Erfolg einfahren. *Bernd Pieper*

Zur Person

Kamerad Bernd Pieper ist 1953 geboren und bereits seit den 1970er Jahren Mitglied in der VOS. Er wurde in der DDR wegen seiner Schreiben an westliche Rundfunksender verhaftet, in denen er sich offen gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR ausgesprochen hat. Lange Zeit war er stellvertretender Bundesvorsitzender gewesen und hat noch mit den Vertretern der ersten und zweiten VOS-Generation zusammengearbeitet. Nach dem Ausscheiden von Helmut Stelling hat er bei den Generalversammlungen die Leitung übernommen und auf Bezirksebene regelmäßige Treffen mit den Kameradinnen und Kameraden in OWL organisiert. Seine Aufrichtigkeit und seine Solidarität vor allem gegenüber den älteren Mitgliedern sind dabei beispielhaft gewesen. Aufsehen erregte er, als er Ende der 1990er Jahre ein Buch über seine Haftzeit in Cottbus veröffentlichte und später zunehmend als Zeitzeuge von den Schulen angefordert wurde.

Aus gesundheitlichen und familiären Gründen hat sich Kamerad Pieper vor einigen Jahren ins Privatleben zurückgezogen. Dennoch nimmt er an den Geschicken des Verbandes Anteil und ist bestrebt, zur Besserung der Situation der SED-Opfer beizutragen.

Vorsitzender und Redakteur danken für seinen ehrlichen Beitrag.

A. Richter-Kariger

Gedenktage in den Vordergrund rücken

Es geht um stärkere Präsenz der Opfer bei diesen Anlässen

Nach der Einladung des Bundesvorstandes der VOS zur Opferbeauftragten gab es bereits eine kurze Rückmeldung

Für ihre Arbeit (gemeint ist die Opferbeauftragte – d. Red.) war das gestrige Gespräch sehr wichtig. Besonders gefreut hat Frau Zupke, dass Sie auch die aktuelle Situation der Gedenktage und die Ergebnisse der *Platzeck-Kommission* angesprochen haben. Frau Zupke hatte zu den Ergebnissen der Platzeck-Kommission gegenüber dem Bundesministerium eine Stellungnahme abgegeben, die ich Ihnen angehängt habe.

Genau wie für Sie ist auch für Frau Zupke nicht nachvollziehbar, warum beim 9. November der Mauerfall nur eine nachgelagerte Rolle spielen sollte. Sie wirbt ganz offensiv dafür, diesem positiven Moment der Deutschen Geschichte mehr Wahrnehmung zu geben. Angemahnt hat sie gegenüber dem BMI zudem, dass bei allen relevanten Gedenktagen meist keine VertreterInnen der Opfer eingeladen werden und dass der 17. Juni als zentraler Feiertag für die Opfer des Kommunismus eine stärkere Bedeutung erhalten muss. Bei all diesen Themen wird Frau Zupke dranbleiben, damit die gesellschaftliche Wahrnehmung der Leistungen der SED-Opfer gestärkt wird. *Niels Schwiderski*
Persönlicher Referent der Opferbeauftragten

Volksaufstand Juni 1953

Das bedeutende Ereignis jährt sich 2023 zum 70. Mal

Im nächsten Jahr liegt der Volksaufstand vom Juni 1953 70 Jahre zurück. Es sind nur noch Wenige von uns, die eine bewusste Erinnerung daran haben, und niemand weiß, wie es 2028 oder noch später in Bezug auf die Zeitzeugen sein sollte. Es wäre also wichtig, gerade die Genannten noch einmal zu Wort kommen zu lassen, wiewohl wir in der Freiheitsglocke schon viele authentische Berichte gesammelt haben. *M. Behrends*

Gutachterniveau ist absolut ungenügend

Verbände und Gruppen folgen Einladung von MP Woidke

Beim Treffen der Verbände und Initiativen der Verfolgten und politischen Häftlinge am 30. Mai 2022 konnten wiederum Fragen und Probleme an den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg gestellt werden. Nachstehend ein Fragekomplex der Häftlingsgemeinschaft ehemaliger Zuchthaus-Brandenburg-Insassen.

1. Die desolate Lage vieler Mitglieder der Interessengemeinschaft hat sich verschlechtert. Dies hat die Sozialstudie zur aktuellen Lebenslage von Menschen, die in der SBZ/DDR verfolgt wurden, allen noch einmal deutlich vor Augen geführt. Insbesondere wurde es unterlassen, die Anerkennungsverfahren zur Beschädigtenversorgung für alle Betroffenen menschenwürdig zu gestalten. Die darin zum Ausdruck gebrachte Missachtung von Völkerrecht, Europarecht und Verfassungsrecht erinnert uns mehr und mehr an das Vorgehen der SED in der ehemaligen DDR.

Mit Beschluss vom 25. August 2021 forderte auch der Landtag die Landesregierung, die Bestellung qualifizierter Gutachter für durch Verfolgung erlittene Gesundheitsschäden zu unterstützen. Welche konkreten Schritte hat die Landesregierung unternommen oder wird sie noch unternehmen? Wir fordern die Landesregierung auf, im Wege einer Bundesratsinitiative endlich eine Lösung für die desolate Gutachtersituation bei der Beschädigtenversorgung im gesamten Bundesgebiet zu finden.

2. Am 01.01.2022 tritt eine Neuregelung des deutschen Richtergesetzes in Kraft, wonach im Studium die Wissensvermittlung auch in Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Unrecht und dem Unrecht der SED-Diktatur erfolgen soll (§ 5a Abs.2 S.3 DRiG n.F.). Gibt es Pläne der Landesregierung, wie die Gesetzesänderung umgesetzt werden soll? Erachtet es die Landesregierung nunmehr als notwendig, einen Lehrstuhl für SED-Unrecht im Land Bbg. einzurichten? *Fg (gekürzt)*

Lernorte für Schulen

Verbände und Gruppen setzen sich für bessere Bedingungen der Zeitzeugen-Arbeit ein

Auch darum ging es beim Treffen der Verbände und Initiativen der Verfolgten und politischen Häftlinge am 30. Mai 2022 beim Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg

Welche konkreten Schritte hat die Landesregierung gegenüber den Schulen nach Bekanntwerden der erheblichen Defizite lt. der erstmaligen Erhebung zum Besuch außerschulischer Lernorte im Schuljahr 2018/19 – wonach für ca. nur die Hälfte aller Schüler(innen) der Besuch eines Erinnerungsortes der NS-Diktatur nachgewiesen werden kann, während diese Besuchsquote bei den Orten der SED-Diktatur mit nur einem Viertel noch darunter liegt. Was soll zur Umsetzung des Landtagsbeschlusses zur stärkeren Wissensvermittlung an historischen Erinnerungsorten anlässlich des 60. Jahrestages des Mauerbaus am 13.August 202 künftig unternommen werden?

Die Anfrage wurde vom Forum zur kritischen Aufarbeitung der DDR-Geschichte Brandenburgs gestellt

Gisela Gneist – den Straßennamen hat sie wirklich verdient

Endlich eine Klärung bzw. Durchsetzung herbeiführen

Wie soll die doppelte Verfolgungsgeschichte des Lagers Sachsenhausen in Zukunft gestaltet werden? Welche Bedeutung hat dabei die Benennung eines Straßennamens in Oranienburg nach Gisela Gneist? – Diese berechtigte Frage wird von der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e. V. gestellt.

Kameradin Gisela Gneist setzte sich intensiv für die Aufarbeitung des Unrechts in der Zeit des unmittelbaren Stalinismus ein. Bis zuletzt hat sie – wie auch Kurt Weiß aus Düsseldorf – an den Foren teilgenommen und mutig ihre Stimme erhoben. Die Benennung einer Gneist-Straße wäre also absolut gerechtfertigt und ein Signal für unsere Gesellschaft. *Fg / TH*

Eine würdige Feier für einen geschichtlich bedeutenden Anlass

Der Gedenktag wäre auch eine Chance für die Demokratieerziehung junger Menschen

(Fg) Der 17. Juni ist als Gedenktag an die Aufstände in zahlreichen Städten bzw. Regionen der DDR inzwischen wieder stärker präsent, nachdem er seit seiner Abschaffung als gesetzlicher Feiertag bis zur Wiedervereinigung Deutschlands zusehends in den Hintergrund gerückt war. Seine Zurückstellung zu Gunsten des Tags der Einheit am 3. Oktober jeden Jahres wird immer kritischer gesehen. Im Juni 1953 ereignete sich bereits das, was seit dem Oktober/November 1989 zum Sturz der SED-Diktatur führte. Nur durch die Niederschlagung seitens der Sowjets, die Panzer und schwere Schusswaffen einsetzten und dadurch Menschenleben opferten, wurde das Begehren des unterdrückten DDR-Volkes beendet. Später kam es zu harten Urteilen, wer konnte setzte sich noch rechtzeitig in den freien Westen ab.

Die Wiedereinführung des 17. Juni als Gedenk- und Feiertag wird insonderheit auch durch die Beauftragte für die SED-Opfer angestrebt, wobei dieses Ziel auch Bestandteil eines Gesamtkonzeptes ist, in dem die Geschichte des Widerstands und der vielen politisch geprägten Schicksale besser gewürdigt werden soll. In diesem Konzept wird auch die mittlerweile sichtlich vernachlässigte Teilnahme der Betroffenen selbst angesprochen. Gedenkveranstaltungen mit Beteiligung von noch lebenden Zeitzeugen sind in der Tat von enormer geschichtlicher Bedeutung. Zugleich werden diese aufgewertet, indem man die jungen Generationen ebenfalls einbezieht. Nur so kann man in Zeiten von Kriegen und neuem geschichtlichen Unrecht voneinander lernen und zur Sicherung von Frieden und Demokratie beitragen.

Lesen Sie nachstehend den Bericht zur Gedenkveranstaltung am 17. Juni 2022 in Düren (NRW), an deren Zustandekommen auch diesmal unser Kamerad Peter Hippe wesentlichen Anteil hatte.

Am späten Vormittag des 17. Juni 2022 trafen sich auf Einladung der NRW-Landesgruppe der VOS an deren Gedenkstein vor dem Rurtal-Gymnasium Düren Vertreter der Stadt, der im Stadtrat vertretenen Parteien sowie Mitglieder des VOS-Landesverbandes NRW zu einer inzwischen traditionellen Kranzniederlegung anlässlich des 17. Juni 1953, dem Beginn des Volksaufstandes in Mitteldeutschland vor genau 69 Jahren.

Nach der Begrüßung, auch im Namen des verhinderten NRW-Beauftragten Heiko Hendriks, sowie Worten des Gedenkens an das für Deutschland so wichtige Ereignis durch den Landesvorsitzenden der VOS Felix Heinz Holtschke richtete der Bürgermeister der Stadt Düren Frank Peter Ullrich Worte des Erinnerns an den Volksaufstand und dessen brutale Niederschlagung durch die Rote Armee und zog dabei Parallelen zu dem schrecklichen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Weiterhin ergriffen das Wort Stefan Weschke, Vorsitzender der CDU- Ratsfraktion, Hubert Cremer, Ratsfraktionsvorsitzender der FDP sowie unser Kamerad Peter Hippe aus Düren, stellvertretender Landesvorsitzender der VOS, der aus eigenem Erleben über diesen bedeutenden Tag in Halle/ Saale berichten konnte.

Einhellig bedauerten die Anwesenden, dass auch in diesem Jahr keine Schüler aus den vier städtischen Gymnasien der Gedenkstunde beiwohnten – trotz rechtzeitig eingegangener Einladungen an die jeweiligen Schulleitungen. Bürgermeister Ullrich versprach, für diese einmalige Chance zur Demokratieerziehung junger Menschen im kommenden Jahr, dem 70. Gedenkjahr des Volksaufstandes, im Stadtrat rechtzeitig und verstärkt zu werben. Weil Bildungspolitik Ländersache ist, wird die VOS Anfang des Jahres in dieser Angelegenheit an das NRW- Kultusministerium herantreten.

Vor der Gedenkstunde wurden am VOS- Gedenkstein zum 17. Juni 1953 Blumengebinde und Kränze der Stadt Düren, der NRW-Landesregierung und des VOS- Landesverbandes Nordrhein- Westfalen niedergelegt.

Felix Heinz Holtschke

Foto: Die Teilnehmer der Gedenkstunde von links nach rechts: Rolf Peter Hohn (stellv. Bürgermeister), Michael Brogmus (stellv. Ratsfraktionsvorsitzender CDU), Hubert Cremer (Ratsfraktionsvorsitzender der FDP), Rotraut von Dechend (vorn, Beisitzende im BuVo der VOS), Felix Heinz Holtschke (stellv. Bundesvorsitzender der VOS), Peter Hippe (stellv. NRW-Landesvorsitzender der VOS), Michael Schwerk (DDR-Flüchtling und Zeitzeuge), Frank Peter Ullrich (Bürgermeister von Düren), Stefan Weschke (Ratsfraktionsvorsitzender CDU), Hildegard Gebhardt (Ratsfraktion SPD), Detlef von Dechend (Vorsitzender der VOS-Bezirksgruppe Rhein-Ruhr), Kurt Schlepps (VOS-Bezirksgruppe Rhein-Ruhr).

Darf in Berlin nicht offen gegen den Aggressor protestiert werden?

Offener Brief an die Regierende Bürgermeisterin Giffey gegen das Vorgehen der Polizei

(FG) In einem Offenen Brief wandte sich der Sprecher der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion an die Berliner Regierende Bürgermeisterin Frau Giffey, in dem er einen Bezug zum Volksaufstand vom Juni 1953 zu den heutigen Kriegsverbrechen der russischen Armee in der Ukraine herstellt und sich gegen den Umgang der Stadt Berlin, vornehmlich deren Polizeidirektion, über den Umgang mit Protestaktionen und Demonstrationsplakaten wendet. Der offene Brief ist zugleich ein geschichtliches Zeugnis über die Reaktionen der Bürgerinnen und Bürger auf die Kriegsereignisse in der Ukraine. Er wird hier nur in gekürzter Fassung wiedergegeben. Der volle Wortlaut ist auf der Webseite der Lagergemeinschaft nachzulesen: https://www.workuta.de/ aktuelles/index.html.

Sehr geehrte Frau Regierende Bürgermeisterin Giffey,

wir können heute nicht den Opfern der Niederschlagung des Volksaufstands des 17. Juni 1953 gedenken, ohne die Kriegsverbrechen der russischen Armee in der Ukraine zu erwähnen. An diesem Tag, dem 17. Juni, erinnern wir uns an die Menschen, die vor 69 Jahren in der DDR gegen die Politik der SED aufbegehrten. Und wir erinnern uns daran, wie dieser Volksaufstand von sowjetischen Panzern blutig niedergeschlagen wurde. Diese Panzer wurden vom Kreml befehligt. Lange durften wir meinen, der Aufstand vom 17. Juni 1953 habe sein glückliches Ende im Mauerfall vom 9. November 1989 gefunden. Heute sind wir Zeugen, wie erneut der Kreml seine Panzer schickt, diesmal um eine freie und friedliebende Nation, die Ukraine, zu vernichten. Fassungslos sehen wir Bilder der Zerstörung, Vernichtung und der tausendfachen Kriegsverbrechen.

Am 22. Juni 1953 beschloss der West-Berliner Senat zum Gedenken an die Opfer des Arbeiteraufstandes in Ost-Berlin und der DDR, die Achse zwischen dem heutigen Ernst-Reuter-Platz und dem Brandenburger Tor in Straße des 17. Juni umzubenennen. Am 4. August 1953 erklärte die damalige Bundesregierung den 17. Juni als „Tag der deutschen Einheit“ zum gesetzlichen Feiertag. Bis 1990 war der 17. Juni bundesweiter Feier- und Gedenktag. Östlich des Brandenburger Tors, an der Verlängerung der Straße des 17. Juni liegt die Russische Botschaft („Unter den Linden“). Seit dem jüngsten russischen völkerrechtswidrigen Angriffs-und Vernichtungskrieg auf die Ukraine finden hier häufig Proteste statt. Auf dem Mittelstreifen vor der russischen Botschaft in Berlin standen bis zum 13. April u.a. folgende Gedenk- und Protestelemente: Ein Baustellenschild mit dem Namensschild "W. Selenskyj Platz 1" und ein anderes mit dem Namen "Freedom Square". Dazwischen waren zwei Seile gespannt mit acht DIN A2 großen laminierten Farbplakaten. Die Plakate hingen seit dem 8. April zwischen den zwei Pfosten, nachdem sie zuvor von den Absperrgittern entfernt wurden. Die Plakate wurden am 13. April 2022 zum zweiten Mal entfernt zusammen mit den übrigen Protestelementen. Den Mittelstreifen vor der Botschaft säuberte man von allen Zeichen des Protestes. Kerzen, Blumen, Plakate, alles wurde entsorgt. Auch die 134 Paar Kindersocken – aufgehängt an einer Leine zwischen zwei Bäumen – die an die Zahl der bis dahin getöteten ukrainischen Kinder erinnerten, wurden entsorgt, ebenso Fotos von den Gräueltaten der russischen Armee in Butscha oder in Mariupol. Es wirkt, als sei es in Berlin politisch nicht erwünscht, dass vor der russischen Botschaft Zeichen des Protestes sichtbar sind. Sie wird von Protesten abgeschirmt: Nicht nur ist der Bürgersteig vor der Botschaft mit Absperrgittern nicht länger begehbar, Absperrgitter stehen auch auf dem Mittelstreifen. Und nun wurde auch der Fußgänger-Mittelstreifen geräumt. Wer hat diese „Säuberung“ veranlasst? Nichts, aber auch nichts ist liegengeblieben. Auf wiederholtes Nachfragen beim Polizeiabschnitt 28 konnte man uns keine Auskunft geben. Am 19. April 2022 stellten wir eine Strafanzeige gegen Unbekannt. Am 3. Mai 2022 antwortete die Amtsanwaltschaft Berlin, dass von der Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen abgesehen wurde. Die Protestelemente seien im Rahmen eines „Ordnungswidrigkeitsverfahrens wegen Verstoßes gegen das Berliner Straßengesetz im Auftrag der Polizei Berlin durch Mitarbeiter der BSR entfernt“ worden. Als Sprecher der Lagergemeinschaft Workuta / GULag Sowjetunion setze ich mich dafür ein, das Unrecht des Kommunismus zu dokumentieren, indem ich die Biografien derjenigen politischen Häftlinge festhalte, die von einem Sowjetischen Militärtribunal in der Sowjetischen Besatzungszone oder in der frühen DDR unrechtmäßig zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden und die diese in einem Straflager – vorwiegend im Lagerkomplex Workuta – in der Sowjetunion verbüßen mussten.

Dass die Hauptstadt des glücklich wiedervereinigten Deutschlands hiesige Proteste gegen die russischen Kriegsverbrechen in der Ukraine als „Ordnungswidrigkeit“ einstuft und die Gegenstände als Müll entsorgt, erfüllt mich mit Entsetzten und Abscheu. Viele Berliner, ebenso Touristen und auch geflohene Ukrainer, blieben vor den Protestplakaten stehen und waren dankbar für diese öffentlichen Zeichen der Solidarität mit dem ukrainischen Volk. Die Berliner „Säuberung“ ist ein schäbiger Akt, im Auftrag der Polizei. So eine Rücksichtnahme auf russische Befindlichkeiten wäre in den osteuropäischen Hauptstädten Warschau, Prag, Tallin, Riga oder Vilnius unvorstellbar. *St. Krikowski*

Und 33 Jahre danach?

Zurück zum einstigen Feiertag?

Bin sehr gespannt, in welcher weltpolitischen Situation wir in einem Jahr den 70. Jahrestag des Volksaufstandes erleben werden. Wäre dieses Jubiläum nicht der beste Anlass, den 17. Juni nach 33 Jahren wieder zu einem gesetzlichen Feiertag zu erheben?

Manfred Kruczek

Die Zeit der sowjetischen Besatzung ist unerwartet präsent geworden

Gedenken an den Volksaufstand vom Juni 1953 mit prominenten Gästen und Teilnehmern

Wie in jedem Jahr organisierte der Bundesvorsitzende der VOS auch an diesem 17. Juni gemeinsam mit dem Bezirksamt Berlin- Charlottenburg/Wilmersdorf die offizielle Feier zum Gedenken an den Volksaufstand vom Juni 1953. Damals hatte es über mehrere Tage in verschiedenen großen Industriezentren der DDR Streiks und Massenkundgebungen gegeben. Unter der anfänglichen Losung nach Rücknahme von Normerhöhungen offenbarte sich schnell das Begehren der Wiedervereinigung. Der Aufstand hätte sicherlich zum Zusammenbruch des SED-Staates geführt, hätte nicht das sowjetische Militär mit Panzern und Schnellfeuerwaffen eingegriffen. Umgehend waren alle wichtigen Straßen um und in Berlin abgesperrt worden, fanden Kontrollen und Verhaftungen statt, und im Zweifelsfall wurden Verdächtige zu Tode gebracht. Zu den Anführern des Aufstandes gehörten die späteren VOS-Mitglieder Fiedler und Kögel, die in Sachsen-Anhalt vor den Massen an Menschen sprachen und die Ziele der Demonstrierenden verkündeten. Beide wurden anschließend zu Haftstrafen verurteilt und flohen nach der Entlassung in die Bundesrepublik.

Vor fünf Jahren veröffentlichen wir in der Fg den authentischen Bericht unseres Kameraden Horst Hertel, der im Raum Berlin die Auswirkungen miterlebte und in die Fänge der Sowjets geriet.

Der diesjährigen Gedenkfeier, ging eine Kranzniederlegung des CDU-Landesvorstandes Berlin an gleicher Stelle voraus. Zum Gedenken sprachen Kirstin Bauch, Bezirksbürgermeisterin Wilmersdorf / Charlottenburg, Evelyn Zupke, Bundesbeauftragte der Bundesregierung für die SED-Opfer, Dr. Jens Schöne stellvertretender Aufarbeitungsbeauftragter für die Opfer der SED-Diktatur BAB.

Bestimmendes Thema war in diesem Jahr der Zusammenhang zwischen Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 und dem Angriffskrieg in der Ukraine. Auch hier wurde – wie schon zuvor in der Freiheitsglocke – die geschichtliche Verbindung zwischen der Rüstungsstrategie der früheren Sowjetunion und dem heutigen Russland betont. Der Neo-Sowjetismus mit dem ihm innewohnenden Expansionsstreben ist eine Gefahr für die internationale Staatengemeinschaft und bedarf der Geschlossenheit der demokratischen Länder.

Zur Veranstaltung kamen ca. 70 Teilnehmer, darunter Prof. Axel Klausmeier, Direktor der Stiftung Berliner Mauer, Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung, Mitglieder der Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses. Zudem waren drei Kameraden der VOS Hamburg und Lübeck angereist. Insgesamt wurde es eine würdige Feier. Viele der Mitglieder fuhren anschließend weiter zum Staatsakt in der Seestraße im Wedding. Der Gedenkstein am Steinplatz mit der Inschrift: „Den Opfern des Stalinismus“ existiert seit 1951. Seit 1954 gedenkt die VOS jährlich, zusammen mit dem Bezirksamt der Opfer. *VB / HD*

Rede des VOS Bundesvorsitzenden Hugo Diederich:

Wir haben ein Vermächtnis: Am 17. Juni 1953 traten ganz normale Menschen DDR-weit in einen Streik. Sie forderten das, was jüngere wie auch ältere Generationen der alten Bundesländer als normal nehmen, z. B. freie Wahlen, Pressefreiheit etc. Dann kamen die Panzer der damaligen Sowjetunion und zerschlugen diesen Aufstand, der den in der DDR Lebenden als Konterrevolution verkauft wurde.

Ja, die Sowjetunion in der DDR. Es war das größte Truppenkontingent, das jemals in einem anderen Land über so lange Zeit existierte: 8,5 Millionen sowjetische Armeeangehörige waren zwischen 1945 und 1994 in Ostdeutschland stationiert. Seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine ist die Zeit der sowjetischen Besatzung wieder unerwartet aktuell geworden. Das Oberkommando der sowjetischen Truppen saß in Wünsdorf, einem kleinen Ort am Rande Berlins. Über 50.000 Menschen lebten dort hinter Absperrungen und Betonmauern. Ich sehe heute Parallelen: Russland arbeitet mit seinem schier unendlichen Potenzial an Menschen, wo der Einzelne scheinbar nichts zählt. Grünen-Chef Omid Nouripour (46) hat sich dafür ausgesprochen, die von Stalin 1932 und 1933 gezielt herbeigeführte Hungersnot – den sogenannten Holodomor – als Genozid am ukrainischen Volk einzustufen. Wir als VOS unterstützen dies zu 100 Prozent. Man kann nur hoffen, dass die demokratischen Politiker endlich aufwachen und das Wesen des Kommunismus begreifen. Man kann Menschen, die jahrelang in kommunistischen Geheimdiensten und führenden Rollen der Partei gearbeitet haben, nicht mehr vertrauen. Es sind „Betonköpfe“.Diesen Begriff verwendeten wir früher in der DDR für die Apparatschiks, nach 1989 mussten wir lernen, dass diese Apparatschiks ihre sogenannte „Lebensleistung“ nicht mehr abschütteln können. Die Kämpfer vom 17. Juni 1953 gehörten zu den Ersten, die gegen eine solche Diktatur aufstanden. Wir sind es Ihnen und uns schuldig, die Demokratie stets zu verteidigen und dabei Solidarität mit anderen demokratischen Ländern, wie der Ukraine, aktiv zu leisten. *H. Diederich*

Absturz für immer?

Spaltung oder Auflösung?

Die Partei Die SED/Linke erlebt eine schwere Zeit. Der Parteitag im Juni hat selbst dem letzten Anhänger vorgeführt, in welch blamablem Zustand sie ist. Neben den offenbar unversöhnlich sich gegenüberstehenden Blöcken ist der Partei die Abneigung einzelner Führungskader zueinander zum Verhängnis geworden. Nachdem man vor knapp einem Jahr schon unter der fünf-Prozent-Hürde geblieben war und mit Glück durch die Direktmandatsklausel als Fraktion in den Bundestag einziehen konnte, sind die Werte weiter gesunken. Die Partei leidet an ihren Führungskräften. Magere 57 Prozent für Wissler sind demütigend und bieten sowohl bei innerparteilichen Entscheidungen wie auch im Auftreten nach außen keine Perspektive. Die Erwartung, dass der Sexismus-Skandal, der als Thema in allen Medien war, aufgeklärt würde, hat sich nicht erfüllt. Die Wählerinnen und Wähler fragen: Was war da eigentlich los? Darf man das nicht erfahren, weil diese Partei seit 1989 mit Samthandschuhen angefasst werden muss? Inzwischen ist auch der Glanz der Medienstars, die für Die Linke stets Pluspunkte sammelten, verblasst. Lafontaine, Gysi, Wagenknecht – die Gestrigen schaden der Partei vielmehr, als dass sie Wahlerfolge verheißen. In der Partei geht die Angst um. Scharenweise sind Wählerinnen und Wähler zu anderen Parteien abgewandert, oder sie halten sich von den Wahlurnen fern. Die uneinsichtigen Altkader sterben, das Parteiprogramm wirkt billig und starr, die einstigen Wählerhochburgen versanden.

Wer zu DDR-Zeiten SED-Opfer und gar noch politischer Häftling war, reibt sich heuer die Augen. Musste man vor dieser Sorte Sozialisten und Kommunisten, vor den heute zahnlosen Schreihälsen Angst haben? Aber so ist das: Parteien geht es auf bezeichnende Art wie ausgetretenen Schuhen, die einen beim Laufen hindern anstatt den Träger voranzubringen. Sie werden nicht mehr gebraucht. *VB*

Rosinenpickerei?

Wie man (k)ein Interview führt

Es war trotz allem ein Highlight. Ein Highlight, weil es unterhaltsam war und man das Gefühl hatte, die heutige Welt sei in Ordnung, wir hätten keinen Krieg und keine explodierenden Preise. Womit wir bei diesem „trotz allem“ wären und erklären sollten, um wen und was es geht: Merkel, das Interview in der Mediathek der ARD, um es neudeutsch zu sagen: after work. Es gab keine kritischen, dafür unverständliche, weil nicht ausformulierte Fragen. Die Antworten waren hingegen so, wie sie Vorvor-Altkanzler Kohl nie gegeben hätte.

Kurz = Kolumne

Nun, wenn man sich vorher festlegt, wer eine interviewen darf und wozu man bitte schön nicht gefragt werden darf, dann hat man es leicht. Und man vermutet beinahe, dass auch das Publikum vorsortiert war und über die Stellen zum Lachen und applaudieren konkrete Anweisungen bekommen hatte.

Aber mal im Ernst: War es angebracht, im Angesicht des Krieges und der schwindelnd ansteigenden Inflation das Thema Nordstream II auszuklammern? Wäre es nicht auch hilfreich gewesen, sich über die Beziehung zu Putin differenzierter zu äußern und nicht immer nur die Szene mit den schwarzen, orientierungslos umherstreichenden Hunden in den Mittelpunkt der Betrachtungen zu stellen?

Sicher, Merkel hat im Ausland viel für Deutschland getan. Ihre Art, sich zu präsentieren hat das Bild unseres Landes positiv geformt. Dass sie Fehler gemacht hat, wäre ihr übrigens nachzusehen. Nur, dass sie über die Fehler und ihre Folgen nicht reden will und sie vielleicht nicht einsieht, ist ebenso ein Fehler. Immerhin ist nicht davon auszugehen, dass dies ihr letztes Interview war. After work ist ja immer, zumindest für gewesene Kanzlerinnen. *IGL*

Meistens unerträglich

Dieses Ende war abzusehen

Zuletzt wurde es wohl seiner eigenen Regierung zu viel: Der Botschafter der Ukraine in Deutschland, Herr André Melnik, wurde in seine Heimat zurückbeordert. Dabei ist nicht klar, ob seine unablässigen, unsinnigen und von Unwahrheiten geprägten Provokationen und Beleidigungen gegen das Land, in das er mit diplomatischem Auftrag gesandt worden war, zum Ende seines dienstlichen Aufenthalts führten oder ob eher die starrsinnige Verherrlichung falschen Gedankenguts und dessen geistigen Urhebers ausschlaggebend gewesen sind. Gemessen an dem Wortessinn seines Auftrags, die Botschaft seines Heimatlandes zu vermitteln, hat er denselben sehr befremdlich wahrgenommen. Beschimpfungen, Frechheiten und Anschuldigungen gehören nicht zu diplomatischen Gepflogenheiten. Und wäre es nicht das duldsame und sich stets für alles Unrecht auf dieser Welt schämende Deutschland gewesen, hätte Herr Melnik sicherlich andere Erwiderungen als das hiesige ewige Ringen um Verständnis und Verzeihen erfahren. In anderen Ländern – Ungarn, Frankreich oder Großbritannien – hätte man ihm bestenfalls 24 Stunden zum Kofferpacken gegeben.

Immerhin hat Herr Melnik viel Aufsehen erregt. Er hat Wahrheiten aufgedeckt und Diskussionen entfacht, die sowohl Putin wie das ukrainische Alt-Idol Bandera betreffen. Er hat immer wieder lauthals von Deutschland Waffen gefordert, und es war gerade die Lautstärke, mit der er derartige Lieferungen erschwerte oder unmöglich machte und letztlich auch das offene Bekenntnis zur Solidarität mit seinem Land untergrub.

Fest steht, Deutschland ist an der Seite der Ukraine. Es war vordem eher trotz und nicht wegen André Melnik so. Und es bietet sich nun hoffentlich die Möglichkeit, dass die Bundesregierung selbst entscheidet, auf welche Weise das Land Solidarität praktiziert. Das ist ohnehin üblich und bedarf keiner fremden Botschaft(er). *B. Thonn*

Ein würdiger Anlass für eine verdiente Ehrung auf großer Bühne

Holker Thierfeld erhält zum 25. Bundeskongress in Rostock das Ehrenabzeichen der VOS

Zum 25. Bundeskongress der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur sowie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen, der vom 20. Bis 22.05.2022 in Rostock stattfand, erfuhr Holker Thierfeld aus Chemnitz eine ganz besondere Würdigung. Der Bundesvorsitzende der VOS Hugo Diederich bedankte sich im Rahmen seines Redebeitrages bei Holker Thierfeld für dessen Arbeit als ehrenamtlicher Vorsitzender der Bezirksgruppe Chemnitz–Stollberg– Hohenstein-Ernstthal. In Anwesenheit von über 200 Kongressteilnehmenden aus mehr als 40 Vereinen und Initiativen erhielt Holker Thierfeld das Ehrenabzeichen mit Goldkranz der VOS.

Seit den frühen 1990er-Jahren leitet Holker Thierfeld die Bezirksgruppe in Chemnitz und bietet seit dieser Zeit jeden Monat bei der regulären Sitzung der Gruppe Beratungsgespräche für Außenstehende an. Jedem der ehemals politisch Verfolgten begegnet er mit Empathie und Engagement bei der Aufarbeitung des individuellen Haftschicksals, sei es bei Fragen rund um die Akteneinsicht oder bei der Rehabilitierung. Regelmäßig erkundigt er sich nach dem Befinden jener Kameradinnen und Kameraden, die aus gesundheitlichen Gründen an den Sitzungen nicht mehr teilnehmen können und besucht sie zuweilen in den Pflegeeinrichtungen.

Holker Thierfeld prägt die Erinnerungskultur der Stadt Chemnitz mit, richtet die VOS doch jedes Jahr die Gedenkveranstaltung zum 17. Juni 1953 aus, zu der immer Vertreter aus der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik erscheinen. Gleiches gilt für die Jahresabschlussversammlung seiner Bezirksgruppe. Jährlich gedenken die Kameradinnen und Kameraden gemeinsam den verstorbenen Mitgliedern, erinnern an das vergangene Jahr und blicken zusammen mit den Gästen auf die Zukunft der SED-Aufarbeitung.

Das alles ist das Verdienst Holker Thierfelds, der die Arbeit seiner Vorgängerinnen und Vorgänger aus den Reihen der VOS in deren Sinne fortführt und dabei neue Akzente setzt.

Linkes Fotos: Hugo Diederich (r.) bittet Holker Thierfeld (Mitte) auf das Podium. Rechtes Foto: Die ersten Gratulanten sind Heinz Galle (l.) und Frank Nemetz

Dr. Steffi Lehmann, Ariane Zabel

Man muss dankbar sein, dass überhaupt noch etwas erhalten ist

Viele Besucher am Tag der Offenen Tür. Doch keine Vertreter der Stadt und des Landes

(ARK) **Reges Interesse herrschte im Juli beim Tag der Offenen Tür im ehemaligen Stasi-U-Gefängnis in Neubrandenburg. Für die Medien daher ein Anlass, etwas Abwechslung in den üblichen Buntbilder-Mainstream zu bringen. Außerdem ein Beweis, dass die Diktatur nun doch nicht (vollends) ins Vergessen geraten ist und die Politik-Oberen in Neubrandenburg und anderen Kommunen ihr schändliches Abriss-Argument in keiner Weise bestätigt sehen dürften. Leider hielten sich – in routinemäßig praktizierter Ignoranz – die Politiker*Innen von Stadt und Land sorgsam fern. Tatsache ist: Die DDR hat es gegeben, die Stasi hat es gegeben, Unrecht und Gräuel hat es gegeben. Heute gibt es Gleichgültigkeit – zumindest in Teilen der Politik.**

Hierzu meint ein engagierter Fg-Leser:

Eine Forderung der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, das alte MfS-Gefängnis in einen Ort des Erinnerns, Gedenkens und Mahnens zu verwandeln, wurde zum Teil erfüllt. Mehr als 1.000 Besucher zeigten am Tag der Offenen Tür ein deutliches Interesse am Erbe der DDR-Diktatur. Ein Interesse, das die politischen Verantwortlichen in Neubrandenburg seit Jahrzehnten „geleugnet“ haben. Ein Engagement der Stadtverwaltung bzw. Stadtfraktionen ist und war bisher nicht wahrnehmbar. Das dortige Denkmal verfällt seit 2016.

Für mich erstaunlich war und ist, dass keine Politiker des Landkreises, des Landtages M-V vor Ort und nur weniger Politiker der Neubrandenburger Stadtfraktionen anwesend waren.

Desinteresse?

Warum wurden Vertreter der DDR-Diktatur- Opferverbände sehr kurzfristig bzw. gar nicht eingeladen? Wollte man sie bewusst nicht dabei haben? Die Graffiti „Wir klagen an – Vergessen ist Verrat – Abriss ist Verrat“ zeigen eindeutig die Forderung an die Stadt Neubrandenburg. Schafft endlich einen Ort des Erinnerns, Gedenken und Mahnens für die Opfer der DDR-Diktatur! Behandelt die Opfer der Diktatur als Menschen und hört auf, sie und ihr Leid zu ignorieren. *PL*

Ein schweres Schicksal, ein starker Charakter, ein kluger Kämpfer

Hohe, verdiente Ehrung für den VOS-Ehrenvorsitzenden in Sachsen: Dr. Bernd Müller-Kaller

Ein besonderer Glückwunsch geht in diesem Sommer an unseren Kameraden Dr. Bernd Müller-Kaller, der im Juli aus den Händen von Sachsens Ministerpräsident Kretschmer den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland empfangen durfte.

Kamerad Müller-Kaller mag trotz der vielen Verdienste, die er sich im Laufe von Jahrzehnten erworben hat, nicht allen VOS- Mitgliedern bekannt sein. Er ist 1939 im thüringischen Veilsdorf, das direkt an der Grenze zum Westen lag, geboren und lebt heute im sächsischen Stolpen. In der DDR wurde er 1983 während der Arbeit an seiner Dissertation vom MfS wegen eines kritischen Briefs an einen Bischoff verhaftet und bekam eine lebenslängliche Haftstrafe, die er in Bautzen II bis zum Mauerfall 1989 verbüßte. Mit der Einheit konnte er dann ein Leben in Freiheit beginnen. Er studierte und vollendete diesmal seine Dissertationsarbeit erfolgreich.

Früh schon trat er der VOS bei und ist heute Ehrenvorsitzender in seinem Bundesland. Durch sein Engagement gelang es, den Landesverband zum stärksten der VOS in ganz Deutschland zu machen. Ebenso nachdrücklich war sein Einsatz, wenn es darum ging, einzelnen Opfern zu helfen und die Entschädigungen für die ehemaligen politischen Häftlinge auf den Weg zu bringen sowie in Vorträgen vor Jugendlichen und Erwachsenen über das erlittene Schicksal und das politische Bild des SED-Staates als Zeitzeuge zu berichten. Das, was in der DDR an Unrecht geschehen ist, spiegelt sich auch in Buchform sowohl als gesellschaftliches Gesamtbild wie in der Darstellung von Einzelschicksalen wider. In seinem Buch „Gewalt – tschekistisch“ kommen Betroffene aus vielen Generationen zu Wort, wobei sich der weite Bogen von den frühesten Verbrechen im Erz-Stalinismus bis zu den politischen Urteilen in der späten DDR spannt. Wer lange genug in der VOS ist, wird die eine und den anderen Zeitzeugen selbst kennen oder gekannt haben. Das Buch wird in einer der nächsten Fg-Ausgaben ausführlicher vorgestellte.

Wer sich im Internet umschaut, wird dort auf weitere Bücher Bernd Müller-Kallers stoßen. Nicht alle haben unmittelbar mit der Aufarbeitung des SED- Unrechts zu tun, dennoch sind sie lesenswert und aussagekräftig.

Weitere Texte finden sich im Bereich Handwerk, wo es von Müller-Kaller zu diversen Themen fachliche Erläuterungen und Ratschläge gibt.

Bernd Müller-Kaller ist Mitglied im Stiftungsrat in der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, und er gehörte dem Fernsehrat des MDR an.

Natürlich darf diese eine große Passion Müller-Kallers auch hier nicht unerwähnt bleiben: Dies ist der Wein. Man mag schmunzeln, aber wenn man auf einen solch ausgemachten Experten des edlen Traubensaftes trifft und auch seine Abhandlungen kennenlernt, die bis zur Buchveröffentlichung reichen, so erfüllt es einen doch mit großem Respekt. Dieses Buch („Wein Philosophie“) wurde bereits in der Fg vorgestellt und fand seine Fans nicht nur unter den Weintrinkern. Es hat eine eigene, sehr ergiebige Internetseite, die man bei Eingabe von Autor und Titel leicht finden kann. Wer will, kann sich dort in Sachen Wein umfassend informieren – oder das Buch erwerben.

Wir als Verband können stolz sein, einen so rührigen und vielgeachteten Kameraden unter uns zu haben. Seine Ehrung mit dem Verdienstorden ist zugleich eine Ehrung für uns alle, sie zeigt zudem, dass wir mit unserem Widerstand gegen die Diktatur eine wichtige Leistung vollbracht haben.

Wir danken Dr. Bernd Müller-Kaller und hoffen, dass er unserem Verband noch lange zur Seite stehen wird. Er ist nicht nur ein Aushängeschild, sondern auch jemand, der weiterhin gebraucht wird.

A. Richter-Kariger
Im Namen der VOS
***Foto:** Bernd Müller-Kaller im Bundestag (Quelle: Internet)*

Was wir (auch) nicht vergessen sollten

Das Knastlexikon

In dieser Reihe möchten wir Ihnen einige teils außergewöhnliche Ausdrücke / Begriffe erklären, die nur in der (DDR-)Haft geläufig waren und die man nicht vergessen sollte.

Heute:

Reihe rechts

Der Begriff R. r., ist leicht zuzuordnen. Man muss dazu nur wissen, dass in den Vollzugseinrichtungen Ordnung und Disziplin einzuhalten waren. Dies galt auch für die Antretordnung, bei der üblicherweise 50 bis 70 Häftlinge in Dreierreihen bereit standen, um zuerst durchgezählt zu werden und dann den Befehl zu bekommen, zum Essen, zur Arbeit oder zur sogenannte Freistunde zu gehen. Der Befehl lautete: „R. r.“, worauf sich eben diese Reihe in Bewegung setzte und die zwei nächsten folgten. *Igor Gerd Lesnikow*

Anm. d. Autors:
Sehr gern nehmen wir Ihren/deinen Beitrag – mit oder ohne Nennung des Namens – in diese wichtige Rubrik auf.

Wenn einem nicht mal mehr die Hoffnung auf die Erlösung bleibt

Was sich an Grausamkeiten in den „Bruderländern“ abspielte, will heute kaum jemand wissen

Mehrfach war der bewegende Schicksalsbericht des ehemaligen politischen Häftlings Peter Plach in der Freiheitsglocke angekündigt worden und musste dann jedoch aus verschiedenen Gründen verschoben werden. Nunmehr wird er in (voraussichtlich) zwei oder drei Folgen als exemplarischer Zeitzeugen-Bericht und Warnung an alle, die die Gefahren einer Diktatur immer noch unterschätzen oder diese für nichtig halten, veröffentlicht.

Seit Jahren leide ich zunehmend unter den Folgen eines Verbrechens, das mir von der Tschechischen Republik bzw. der damaligen CSSR, der tschechischen Staatsicherheit StB und der kommunistischen Justiz in Zusammenarbeit mit den Behörden der DDR, des Ministeriums für Staatssicherheit und der Stasi von 1978 bis 1983 vorsätzlich zugefügt wurde. Das alles belastet mich bis heute schwer.

So beginnt das unglaubliche Martyrium

Am 28. Februar 1978 wurde ich als Bundesbürger nach der Einreise in die damalige CSSR im Alter von 28 Jahren von der StB, der Stasi der CSSR, verhaftet und völlig grundlos und vorsätzlich der Spionage zu Gunsten der Bundesrepublik beschuldigt. Ziel war es, einen Unschuldigen als Verbrecher gegen den Staat unter dem Vorwand der Spionagetätigkeit zu töten, zu ermorden. Scheinbar um sich an meinen Vater zu rächen, der wohl als Spätaussiedler aus der CSSR nicht bereit war, für den Geheimdienst der CSSR zu arbeiten. Das geschah im Auftrag des stellvertretenden CSSR Innenministers mit der vollen Unterstützung der kommunistischen Justiz der damaligen CSSR. Auch der damalige stellvertretende Außenminister war involviert, wie Archivdokumente dies belegen. Ebenfalls informiert waren die damaligen Botschafter der CSSR in Deutschland über dieses Verbrechen zur Abwehr von eventuellen Interventionen. Es war der geplante Mord eines deutschen Staatsbürgers durch die Staatsgewalt eines Nachbarstaates der Bundesrepublik. Die in der damaligen CSSR an diesen Verbrechen beteiligten Personen und staatliche Stellen beschuldige ich der Freiheitsberaubung, des versuchten Mordes, der Rechtsbeugung und des Amtsmissbrauches, bzw. der Beihilfe dazu.

Fragen muss ich zudem: Welche Rolle spielten deutschen Dienststellen und die Politik? Die Zurückhaltung der Bundesrepublik bzw. deren Regierung war für mich und meine Familie deutlich und auffallend spürbar.

Häftlings = Schicksal

Weiterhin wäre zu klären, wessen und welche Interessen wurden an mir abgearbeitet? Es bedürfte dringend einer Aufklärung.

Die Brutalität war in diesem System allgegenwärtig

Es folgten 15 Monate Untersuchungshaft unter unmenschlichen Bedingungen. Dazu zählten stundenlange Verhöre bis zur völligen Erschöpfung, mit psychischem Terror, mit körperlicher Gewalt und Folter (Schläge ins Gesicht bis die Nase kaputt und die Zähne ausgeschlagen waren), mit dem Kopf gegen die Wand bis der Hinterkopf blutig geschlagen war, Halswirbel verletzt, stundenlanges Knien mit dem Ziel, von der Stasi erfundene Anschuldigungen zu gestehen: Ich sei ein Agent deutscher Nachrichtendienste und mein Vater als hauptberuflicher Agent mein Führungsoffizier. Es gab meinerseits nichts dergleichen zu gestehen. Also wurden von den StB-Ermittlern dazu passende Details erfunden, erzwungene falsche Zeugenaussagen als Beweise gewertet. Der Zynismus dieser Verbrecher kannte bei der Anwendung von Gewalt keine Grenzen. Die fadenscheinige Begründung eines operativen Stasi-Offiziers: „Mit meinem Vater sind die Nazis im KZ auch nicht anders umgegangen.“ Dass mein Opa als Deutscher ebenfalls 6 Jahre im KZ verbrachte, wollte er, geprägt von Deutschenhass, nicht zur Kenntnis nehmen. Es wurde mir mit der Todesstrafe gedroht, wenn ich nicht gestehe, auch das Erschießen auf der Flucht könnte man arrangieren.

Die sogenannten operativen Offiziere der StB tobten sich auf brutalste Art an mir aus. Das Ziel bzw. ihre Aufgabe bestand laut Archivaufzeichnungen darin, Beweise für meine angebliche Tätigkeit für den BND zu beschaffen. Zu beschaffen, nicht aufklären! Weitere Ermittler der StB setzten gegen mich auf der Zelle die sogenannte „Gefängnis Agenda“ ein. Das waren tschechische, zu besonders langen Haftstrafen verurteilte kriminelle Häftlinge, welche die Aufgabe hatten, sich mein Vertrauen unter Vorgabe von falscher Solidarität zu erschleichen und mich dann gesteuert und gezielt auszuspionieren.

Um sich Vorteile zu verschaffen, beschränkten sich diese „Auftragsdenunzianten“ nicht nur auf das Ausspionieren, sondern erfanden von sich aus gegen mich belastende Sachverhalte welche es in der Tat nie gegeben hat. Zum Teil waren diese so haarsträubend, dass sie von den „Auftraggebern“ selbst belächelt wurden. Sie wurden aber trotzdem gegen mich bei der Verurteilung, obwohl wissentlich erfunden, zielgerecht als Beweise eingesetzt und missbraucht. Davon ist auch die Absicht der rechtswidrigen Verurteilung ersichtlich.

Um mich zu erniedrigen und zu „brechen“, wurde ich stets in Ketten an Händen und Füßen (als „Bär“) transportiert, oder mir wurde mit einem Draht im After herumgestochert, um angebliche Kassiber zu finden.

Von der Bundesregierung kam keine Reaktion

Vor der Verurteilung wurde ich teilweise im März 1979 in einer Zelle des Todestraktes im Gefängnis Prag Pankrác platziert, damit ich die Todeskandidaten (hinter Gittertüren) sehen konnte und ich damit die Androhung der Todesstrafe als glaubwürdig empfand.

→ *nächste Seite oben*

→ *von voriger Seite*

Das tat ich auch, denn eine ausbleibende klare Stellungnahme seitens der Bundesrepublik verstärkte meine Angst vor der Umsetzung dieser Androhung erheblich. Hygienische Zustände auf überbelegten Zellen machten alles katastrophal und eklig. Es gab keine Kontakte zur Außenwelt, keine Besuche, keinen Rechtsbeistand, die Ernährung war zum Erbrechen. Erpressung mit Drohungen gegen meine Familie gehörte ebenfalls dazu. Ein bestellter „Pflichtverteidiger“ aus den Reihen der Kläger diente auch den Klägern, nicht aber meiner Verteidigung. Briefe, welche ich in meiner Verzweiflung an tschechische Stellen richtete, wurden vorsätzlich einbehalten und nicht weitergeleitet. Etwa schrieb ich an den Staatspräsidenten oder die Föderalversammlung. Auch meine Briefe an die deutsche Botschaft wurden nicht weitergeleitet.

Mindestens einmal, es könnte auch zweimal gewesen sein, vermutlich im November 1978, wurde ich aus der U-Haft im Gefängnis Litomerice (Leitmeritz) über die nahen Grenzübergänge Peterswalde oder Zinnwald auf das Gebiet der DDR verschleppt. Dort wurde ich von der DDR-Stasi verhört, mir wurde vorgeworfen, ich hätte angeblich auch DDR-Bürger und deren Offiziere ausspioniert, insbesondere Offiziere der NVA. Bereits vor meiner Verhaftung in der CSSR, wurde in der DDR am 20. 1. 1978 gegen mich und später auch gegen meinen Vater ein Such- bzw. Haftbefehl ausgestellt. Diese Handlungen sind eindeutig strafrechtliche Maßnahmen der DDR.

Ca. 160 Dokumente aus dem Archiv der BStU belegen die direkte Beteiligung des MfS der DDR an diesen, an mir in der CSSR vollzogenen Verbrechen. Ich gehe davon aus, dass nachdem die Bundesdeutsche Botschaft in Prag über meine Verhaftung im Februar 1978 auf dem Gebiet der ČSSR informiert wurde bzw. informiert werden musste. Weil mich meine Eltern als vermisst gemeldet haben, war es wahrscheinlich nicht mehr praktikabel mich in einen Drittstaat, die DDR, zu überstellen bzw. mich dorthin auszuliefern. Also übernahmen die tschechischen Behörden die Ermittlungen und die Verurteilung auch stellvertretend für die DDR. Zu Vernehmungen wurde ich dann illegal in die DDR verbracht.

Das wäre ein Ansatz und eine gute Begründung, mich ebenfalls mit in das StrRehaG aufzunehmen. Die Bedingungen dafür wären ja erfüllt. Das zuständige Versorgungsamt in Nürnberg war allerdings nicht dieser Meinung. Aus Gier und persönlicher Voreingenommenheit des Entscheiders wurden alle Anträge auf Leistungen abgelehnt. Aus meiner Sicht ist das reine Willkür. Warum aber?

Um den wahren Zweck, das Ziel und den Umfang dieser Verhöre und Folter vor der Öffentlichkeit geheim zu halten und weiter zu betreiben, wurde ich im Dezember bereits zu 12 Monaten Gefängnis wegen angeblicher (erfundener) Wirtschaftsdelikte verurteilt. Auch dieses Urteil wurde später 2020 durch ein Rehabilitierungsurteil aufgehoben, weil Beschuldigungen zweckdienlich erfunden waren.

Am 5. April 1979 wurde ich, zunächst unter Androhung der Todesstrafe, in erster Instanz in Prag zu 13 Jahren schwerster Haft verurteilt. Das war in einem geheimen Prozess vor einem Militärgericht unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgt. Auch die Anwesenheit der Botschaft wurde zweckmäßig verhindert, damit das Verbrechen an mir nicht öffentlich bekannt werden sollte. Wo doch sonst die kommunistische Justiz immer bemüht war, die Feinde des Sozialismus öffentlich als überführt vorzuführen und anzuprangern. Ohne Beweise haben sie es nicht riskiert. Schwere Haft in der III. Strafvollzugskategorie und die komplette Enteignung meines Eigentums wurden angeordnet. Der Vorsitzende Richter, ein Major, sowie die Beisitzer, ebenfalls Militärs, sind im Urteil benannt. In zweiter Instanz wurde das Urteil im Schnellverfahren vom Höchsten Militärgericht in Prag bestätigt.

Schon die Tatsache, dass ich als einziger Bundesbürger von einem CSSR Militärgericht verurteilt wurde, zeugt von einer ungewöhnlichen Brisanz dieses Verbrechens.

In dieser Zeit verlor ich durch die Scheidung meine Ehefrau und meine damals sechsjährige Tochter. Das war für mich sehr schlimm. Meine Peiniger und Mörder demonstrierten das als ihr „Werk“ und überboten sich an Hohn und Gemeinheiten gegenüber mir und meiner Familie. Auch meine berufliche Existenz als selbstständiger Gastronom in Bad Kissingen wurde damit vernichtet.

Während des Vollzugs im Gefängnis Prag Pankrac fand weiterer Psychoterror mit Disziplinierungsmaßnahmen und grausamen Zusatzstrafen im Vollzug, wie z.B. die Platzierung im Keller „Loch“ stets verbunden mit der Nötigung zur Aussage statt. Unter der Androhung, ohne Geständnis käme ich nicht mehr lebend heraus. Auch dieses Vorgehen gegen mich im sogenannten Strafvollzug wurde laut Archivunterlagen vorab geplant, um nachträglich zu einem Geständnis zu kommen.

Diese Drohung schien mir in der Tat immer glaubhafter, und das je schlimmer die Folter und der Psychoterror wurden. Glaubhafter vor allem, je länger dieser Terror an mir vollzogen wurde ohne wahrnehmbare Hilfe oder Interesse an mir aus Deutschland, meinem Heimatland. Noch glaubhafter als ich erkennen musste, dass dies alles nicht etwa 1945 oder zuvor in einem KZ der Nazis geschah. Nein, es geschah 1978, mitten im zivilisierten Europa, mitten im Frieden bei bestehenden beidseitigen diplomatischen Beziehungen und reger wirtschaftlicher Kontakte, in einer Zeit der angeblichen Normalisierung in der damaligen CSSR und der Entspannung in Europa, kurz nach der Unterzeichnung des „Helsinki Vertrages“ (01.08. 1975) auch über Menschenrechte.

Mit Kommunistenpräsident Husak stieß Genscher ab 1980 regelmäßig jedes Jahr im Oktober obligatorisch mit Sekt an. Da hatten wir, alle deutschen Häftlinge, Pflichtfernsehen mit anschließendem Kommentar des dortigen Oberaufsehers: „Wie Sie sehen, spielen Sie oder Ihre Freilassung keine Rolle.“

Anm.: Für die Freilassung von Peter Plach setzten sich aus der Bundesrepublik mehrfach hohe Politiker ein, sein Fall wurde auch zeitnah im SPIEGEL besprochen.

Fortsetzung in der nächsten Fg

Bürgermeister mit Trostpflaster: eine „kleine Begegnungsstätte“

Stadt Neubrandenburg macht aus Gedenken an die Stasi-Opfer einen peinlichen Kuhhandel

Bereits im Jahr 2014 wurde ein Antrag an die Stadt Neubrandenburg gestellt, um vier ehemalige Wachtürme und Mauerreste des Ministeriums für Staatssicherheit in der Neustrelitzer Straße 120, Kirschenallee 30 unter Denkmalschutz zu stellen. Erst als ein Jahr später ein Antrag der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Landesverband M.-V. einging, wurde dieses Areal im Jahr 2016 unter Denkmalschutz gestellt. Die Stadt Neubrandenburg versprach, die VOS bei der Erarbeitung des Gedenkstättenkonzepts mit einzubeziehen. Eine Einladung gab es bis heute nicht und die Stadt Neubrandenburg hat bis heute für dieses Areal kein Gedenkstättenkonzept.

Als bekannt wurde, dass die Justizvollzugsanstalt auf dem Lindenberg stillgelegt werden sollte, stellte die VOS den Antrag, das JVA-Areal, das von 1987 bis 1990 als Stasi-Haftanstalt genutzt wurde, unter Denkmalschutz zu stellen. Doch die Denkmalschutzbehörde Mecklenburg-Vorpommern, sowie die Stadt Neubrandenburg sahen hier – im Gegensatz zu den UHA in anderen Städten – keine Denkmaleigenschaften, obwohl das Areal bis auf wenige Ausnahmen seit 1987 kaum verändert wurde.

Die 2018 stillgelegte ehemalige Stasi-Haftanstalt war bis Ende 1989 die neueste Spezialhaftanstalt des MfS der DDR und die zweitgrößte nach Berlin- Hohenschönhausen. In den 1990er Jahren wurde sie an demokratische Haftbedingungen angepasst. So erhielten die Zellen Fenster und die „Freigangstorte“ wurde abgerissen. Der Eindruck einer DDR-Haftanstalt „neuen Typs“ ist bis heute erhalten, was ehemalige Stasi-Häftlinge, die auch am 28. Juni 2022 vor Ort waren bestätigten. Wo bleibt da die Empathie gegenüber den Opfern der SED-Diktatur?

Der stellvertretende Landesvorsitzende der VOS suchte in den letzten Jahren, den Kontakt zur Hochschule Neubrandenburg und fand in Rektor Prof. Gerd Teschke und bei Dr. Constanze Jaiser von der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) im Projekt *zeitlupe* interessierte Zuhörer.

Dieser Initiative, dem Interesse, dem starken Engagement der Hochschule Neubrandenburg und der RAA-Geschichtswerkstatt *zeitlupe* ist es zu verdanken, dass im November 2021 ein erster öffentlicher Informationsaustausch in Form einer Podiumsdiskussion in der St. Michaels Gemeinde Neubrandenburg stattfand. Hier wurde klar ausgesprochen, dass für ein dauerhaftes Erinnern und Gedenken gesorgt werden muss. Inwieweit die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg wirklich erinnern möchte, entzieht sich meiner Kenntnis. Einen Antrag auf eine Gedenktafel für die Opfer der SBZ und DDR-Diktatur hat die Stadt Neubrandenburg erst kürzlich abgelehnt.

Am 28. Juni 2022 nahmen ca. 1.000 Interessierte, die Möglichkeit einer Führung durch das Gebäude wahr. Für diesen Tag konnten Mitarbeitende der Justiz gewonnen werden, die ab den 1990er Jahren in der ehemaligen JVA gearbeitet haben und mit dem Gebäude entsprechend gut vertraut sind. Deren freiwilligem, ehrenamtlichem Engagement war es zu verdanken, dass am 28. Juni 2022 Führungen durch das Gebäude für hunderte interessierte Menschen möglich waren. Am Vormittag nahmen etliche Schulklassen, das Angebot wahr, um den gesamten Gebäudekomplex der Staatssicherheit in Neubrandenburg näher kennenzulernen. Die Veranstalter mussten sogar kompletten interessierten Schulklassen absagen.

Drei Professoren der Hochschule Neubrandenburg bereiten derzeit ein *oral-history-projekt* vor, in dem zahlreiche Stimmen der vom DDR-Unrecht Betroffenen für die Sozialgeschichte der Zivilgesellschaft Mecklenburg-Vorpommerns bewahrt werden sollen.

Beim Tag der Offenen Tür am 28. Juni 2022 hatten sich 700 Bürger angemeldet, um die Stacheldrahtzäune, die Stehzellen, ein Relikt aus Stasi-Zeiten, und den Hof zu besichtigen. Es hätten noch viel mehr sein können, doch die Plätze waren limitiert. „Dass sich so viele dafür interessieren, hätte ich nicht gedacht“, sagte Hochschulrektor Gerd Teschke. Aufgrund des großen Interesses verhängte die Stadt Neubrandenburg ein Anmeldestopp, sonst wären ganz sicher noch viel mehr Menschen gekommen. Ein besonderer Dank geht an die Neubrandenburger Hochschule und an die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie, die den 28. Juni gemeinsam mit der Stadt organisierten.

Das Land Mecklenburg- Vorpommern würde das Areal gern an die Stadt für die Hälfte des Verkehrswertes verkaufen, um dort sozialen Wohnungsbau zu realisieren. Doch noch ist völlig offen, ob auf dem Gelände Wohnungen entstehen oder eine Gedenkstätte für Opfer des Stalinismus und DDR-Diktatur. Bedauernswert ist, dass die Verantwortlichen des Landes M-V und hier die Verantwortlichen der rot-roten Landesregierung bzw. der Stadt Neubrandenburg nicht bzw. nur bedingt mit der VOS sprechen. Dass die einen für Abriss, die anderen für das Gedenken sind, liegt natürlich in der Sache. Laut Aussage des Neubrandenburger Oberbürgermeisters Silvio Witt (parteilos) muss beides möglich sein: „Wir reden immer nur von entweder oder, aber es ist auch möglich, eine kleine Begegnungsstätte in einem der Gebäude zu erhalten und den Rest für Wohnungsbau zu nutzen.“

Der Landesvorstand der Vereinigung der Opfer des Stalinismus sieht es ähnlich, jedoch meinen wir, dass hier eine große Gedenkstätte bzw. ein Demokratie- und / oder Kulturzentrum entstehen sollte und ein kleiner Raum für Wohnungen vorgesehen werden kann, da es in Neubrandenburg genug freie Flächen für Wohnungsbau gibt und die Bevölkerungszahl nach neuesten Erkenntnissen weiter sinken wird. *André Rohloff*

Anm.: *Aus Platzgründen kann dieser Beitrag nicht vollständig erscheinen. Der Redakteur bemüht sich aber um die Fortsetzung in der nächsten Fg.*

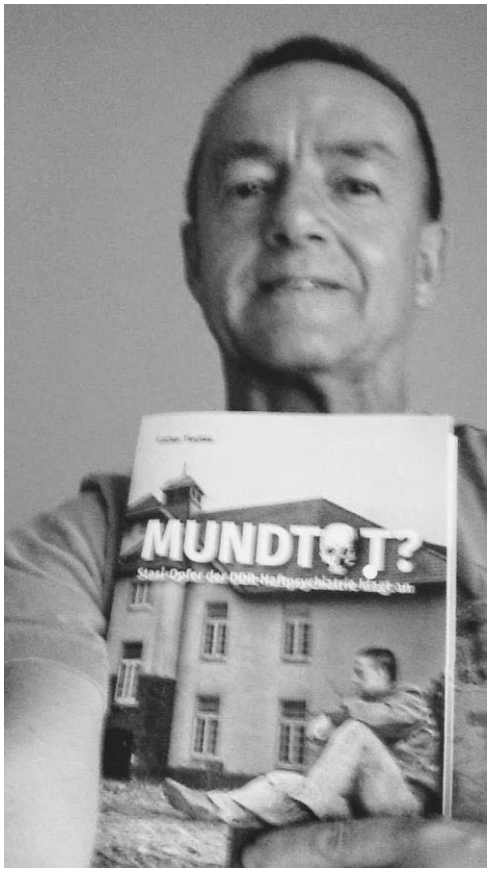
Dies ist nicht das erste Schreiben

Als Psychiatrie-Opfer der DDR heute weiter abgeschoben

Lothar Tiedke von Koß ist einer, der nicht aufgibt. Mehrfach haben wir in der Fg über sein Schicksal, sein aufrüttelndes Buch und über seinen Kampf um Anerkennung der angetanen Leiden berichtet. Und so schwer er vorankommt, gibt er doch nicht auf.

Lesen Sie nachstehend seinen Brief an den die Bundeskanzler und die SED-Opferbeauftragte.

✉ Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, Olaf Scholz, sehr geehrte Frau Evelyn Zupke, als ich 1981 aus politischen Gründen in die Haftpsychiatrie der DDR illegal inhaftiert wurde, befand die DDR sich im Ausnahmezustand. In Polen wurde der Kriegszustand ausgerufen, auf der Werft in Danzig wurde gestreikt.



Ein falsches Wort reichte, um inhaftiert zu werden. Nach zwei Absagen zur See zu fahren habe ich meine Meinung über Berufsverbot und Reisefreiheit öffentlich geäußert. Ich wurde danach in der DDR Haftpsychiatrie "behandelt". Aufgrund der Behandlung wurde ich 70 % schwerbehindert wegen posttraumatischer Belastungsstörung! Lesen Sie meine Biografie "Mundtot", dort beschreibe ich ausführlich meine Odyssee durch die Psychiatrie und meine Psychiatrisierung durch die DDR. 1989 war für mich der Tag der Freiheit! Bereits 1994 beantragte ich meine Staatssicherheitsakte bei der BSTU. Ich habe sie bis heute nicht bekommen. Ein Indiz für die Vernichtung von Beweisen.

2004 beantragte ich meine erste Rehabilitierung. Sie wurde abgelehnt. 2019 beantragte ich meine zweite Rehabilitierung, die mich durch alle Instanzen deutscher Gerichte bis zum Bundesverfassungsgericht führte. Auch diese Rehabilitierung wurde ohne rechtsstaatliche Überprüfung nicht angenommen, obwohl der unrechtmäßige Aufenthalt in einer geschlossenen Psychiatrie der DDR im Gesetz von Deutschland verankert ist.

Mehrfach wurde die ehemalige Bundeskanzlerin von mir über meinen "Psychiatrie Fall"! informiert. Frau Merkel hat nie geantwortet. Kannte sie die Materie sehr genau?, sie war es, die 1990 die P4 in Stralsund persönlich besichtigt hat, wo bereits die Euthanasieopfer der NS umgebracht wurden.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Olaf Scholz, verschaffen Sie sich bitte einen Eindruck, wie ein ehemaliger von der DDR Geschädigter unschuldig Inhaftierter in Deutschland trotz vorhandener Gesetze NICHT rehabilitiert wird. Willkür und Folter hinter DDR Anstaltsmauern wird ohne rechtsstaatliche Rehabilitierung von Deutschland für legitim erklärt! Setzen Sie sich für Psychiatrie-Opfer ein, damit sich nach 32 Jahren endlich Gerechtigkeit für diese Gruppe ergibt. *Lothar Tiedke von Koß*

Foto: *Autor und Buch. © privat*

Anm.: *Informationen finden sich auch im Internet und bei Youtube.*

Schwarz gegen Weiß

Ein Schachduell, wie es nie wieder eines gegeben hat

Dieses Weltmeisterschaftsduell ist in die Geschichte eingegangen. Es war mehr als Schach, es war realiter ein Aufeinanderprallen zweier Systeme, die sich bis an die Zähne bewaffnet gegenüberstanden. Und doch galt und gilt Schach als ein ruhiges Spiel, das vornehmlich den sportlichen Feingeistern vorbehalten ist. In jenem Juli vor genau 50 Jahren war es nicht so.

Vor 50 Jahren

Der lauernde Spasski, der den fest gebuchten Triumph für sein Sowjetreich einfahren sollte, gegen den explosiven, unberechenbaren, einmalig schachgenialen Exzentriker Fischer aus den USA. Der eine aus dem Reich, in dem Schach ein Volkssport war, der andere aus einem Land, in dem man aus Passion Baseball spielte und massenweise Leichtathletik-Weltrekorde brach. Noch nie zuvor hatte ein anderes Land als die Sowjetunion den Weltmeister im Spiel der Könige gestellt. Doch nun kam dieser Fischer, nahezu unbekannt in der Schachszene, ein nervös und penibel scheinender Typ, dem man es nicht zutraute, diesen Meister aus dem Reich der Schach-Zaren zu besiegen. Allein die Unruhe, das Unzufriedene, das diesem Mann anhaftete, erregte Aufsehen. Er brachte es fertig, die ersten zwei der insgesamt 24 Top-Partien zu schwänzen und verlor die erste, zu der er dann antrat. Bis er nach der Hälfte der Partien in Führung lag und am Ende uneinholbar war. Spasski gab auf, nach außen ein Sportsmann, im Hintergrund den geballten Frust des Blocks. Man hörte nicht mehr viel von ihm – im Gegensatz zu Bobby Fischer, der zunehmend Opfer seiner Exzentrik wurde und, nachdem er mit Haftbefehl verfolgt wurde, in Island eine neue Staatsbürgerschaft bekam. Welchen Dienst er der demokratischen Welt erwiesen hat, mag er nicht begriffen haben. Der Kommunismus ist doch nicht allmächtig. Spätestens da wussten es alle.

Igor Gerd Lesnikow

Mit Hass und Gewalt kann keine gute Beziehung entstehen

Der 8. Mai als Tag der Befreiung war für viele ersichtlich nur ein verordnete gesellschaftliche Lüge

Wir Älteren erinnern uns noch wie pompös dieser Gedenktag in der DDR alljährlich gefeiert wurde. Aber wie schmerzlich berührte das all jene, die am Kriegsende und noch Jahre danach von den Russen misshandelt, gefoltert und oft viele Jahre unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten wurden. Konnten solche Kameraden und ihre Familien diesen Tag als Tag der Befreiung empfinden? Ich denke nein. Konnten Millionen, die vor den Russen geflüchtet waren, konnten tausende deutsche Frauen und Mädchen, die brutal von russischen Soldaten vergewaltigt wurden, jemals diesen Tag als Tag der Befreiung empfinden? Nein! Ganz zu schweigen von den Familien, deren Angehörige in den russischen Konzentrationslagern umkamen oder von jenen, deren Angehörige heimlich nach Moskau geschafft, dort gefoltert und erschossen wurden.

Mein Großvater war am Kriegsende und danach in unserem Dorf in Thüringen Bürgermeister. Zuerst kamen die Amerikaner und blieben mit vielen Fahrzeugen und Gerät. Nie habe ich etwas gehört, dass ein Amerikaner eine deutsche Frau vergewaltigt hätte oder in dieser Zeit eine Gewalttat begangen wurde. Vier Wochen später kamen die Russen. Von da an war es umgekehrt wie von meinem Großvater aus erster Hand zu erfahren war.

Als ich in meiner Eigenschaft des VOS Landesvorsitzenden von Sachsen 2010 in Buchenwald auf Einladung der Thüringer Landesregierung an der Gedenkfeier zum 65. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers und zum 60. Jahrestag der Auflösung des sowjetrussischen Speziallagers teilnahm, wurde mir der oben angedeutete Widerspruch ganz besonders bewusst. Einen Sieger, der angeblich das „Böse“ besiegt hat, dessen Inkarnation „Konzentrationslager“ waren und der dann mit denselben Methoden, also ebenfalls wieder mit „Konzentrationslagern“ weiter unmenschlich über Menschen herrschte, kann man dem als „Befreier“ huldigen? Diese Frage muss gestellt werden. Ich sprach damals mit dem von uns allen bekannten Kameraden Werner Sauerzweig, einem der Überlebenden des sowjetrussischen Lagers. Werner erzählte mir: *„Ich, wie viele andere blieben bei der Entlassung fest. Man kleidete uns mit Anzügen aus der HO ein und fuhr uns mit dem Bus hinter Eisenach an die Grenze. Die letzten Meter mussten wir zu Fuß gehen, betonte Werner, dann erst waren wir frei.“*

Angesichts des zerstörerischen Krieges Russlands gegen die Ukraine und der aufrüttelnden Bilder von unmenschlichen Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung müsste überdacht werden, wie man rückblickend Russland überhaupt noch als würdigen Sieger des

Zweiten Weltkrieges betrachten kann. Russland hat sich schon nach diesem Krieg als gewalttätiger Unterdrücker der Länder des Ostens ausgezeichnet und jede freiheitliche Regung brutal mit Waffengewalt niedergeschlagen.

Russland sollte m. E. nicht weiter als würdige Siegermacht des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai gefeiert werden. Dieser Bonus ist heute endgültig verspielt, erst recht nach den Kriegsverbrechen in Butscha.

Ich redete kürzlich darüber mit Pfarrer Oleg aus Polen, der bei uns im Landkreis Pirna-Sächsische Schweiz Dienst tut, um hier der katholischen Kirche zu helfen. Was sagt die Bibel zum Sieger- Verhalten, zum Feind, zum Unterlegenen?, fragte ich. Er überlegte, dann antwortete er: Die Bibel sagen: „Segne deine Feinde.“ Was heißt hier segnen? Nun, segnen heißt so viel wie stärken für das Leben, antwortete mein Freund Oleg. Andererseits warnt die Bibel: Böse Menschen, die hassen, quälen und Vergeltung üben, dass ihnen das Unglück, das sie erregen, auf den Kopf fallen müsse. – Wie es im Psalm 140 heißt. Wir sinnieren noch eine Zeit darüber und kommen zu dem Ergebnis: Wer aus Hass vergeltet, verletzt, tötet, macht jede vernünftige Beziehungsmöglichkeit kaputt. Solches Handeln führt zu kaputten Beziehungen, die ein ganzes Leben lang zerstört sind. Der brutale Umgang Russlands mit den Menschen in den besiegten und abhängigen Ländern am Kriegsende und der Neubeginn nach 1945 waren schon verkorkst. Das Ende ist unausbleiblich.

Ein in die USA geflüchteter russischer Top-Manager wurde kürzlich in der New York Times zitiert. Er sagte: *„Russland steht am Abgrund. Dort wo der Tschekismus die Macht in einem Land übernommen hat, kann es keine Zukunft geben.“* Richtig! Erst recht wer in WORKUTA war, weiß das, wusste das. John Noble, ein WORKUTA- Häftling und einer unserer Kameraden in Sachsen, ist aus diesem Grunde einst Berater bei US-Präsident Ronald Reagan gewesen. War jemals ein VOS-Kamerad Berater bei einem deutschen Bundeskanzler?

Dr. Bernd Müller-Kaller

Anm.: *Der hier genannte Werner Sauerzweig ist noch vielen VOS-Mitgliedern gut bekannt. Über viele Jahre war er Kassenprüfer der Bundes-VOS und vertrat den Verband hervorragend im Bundesland Schleswig-Holstein. Er fehlte bei keiner Generalversammlung.*

Anm.: *Erinnert sei an Hans Joachim Platz, stellvertretender Bundesvorsitztender 1965, der als Journalist und Mitbegründer des ZDF Ex-Kanzler Adenauer lange begleitete.*

Foto: Günter Rudolf beim Gedenken in Buchenwald 2010. ©: BMK

Opferrente jetzt deutlich erhöhen, dann inflationssicher dynamisieren

Bundesbeauftragte legt Jahresbericht mit vielen Vorschlägen für die Bundestagsfraktionen vor

Mit Datum vom 16. Juni 2022 hat die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag ihren Jahresbericht für das Jahr 2022 über „Die Unterstützung der Opfer der SED-Diktatur“ vorgelegt. Der Bericht richtet sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags, er ist jedoch allgemein zugänglich und kann demnach angefordert werden. Frau Zupke betont ihr Anliegen für „unsere gemeinsame gesamtdeutsche Verantwortung“, dem die Politik in Deutschland in größerem Maße gerecht werden sollte. Dementsprechend wurden auf 43 (!) Seiten in verständlicher, auch verbindlicher Form die Themen und Probleme angesprochen, mit denen insonderheit die ehemals politisch Inhaftierten unter den zunehmend erschwerten sozialen und gesellschaftlichen Lasten aktuell und künftig zu kämpfen haben. Einbezogen sind jedoch auch Verfolgte, Geschädigte und Benachteiligte ohne Haft oder unter dem 90-Tage-Haftlimit. Ebenso wird auf die bestehenden Lücken bei der Anerkennung von Haft, Verfolgung und Diskriminierung von Betroffenen im sozialistischen Ausland sowie auf das in der Freiheitsglocke ausgiebig erläuterte Thema des an etlichen DDR-Übersiedlern begangenen Rentenunrechts eingegangen. Damit sind wesentliche Forderungen der SED-Opfer konkret angesprochen, sie liegen den Abgeordneten als offizielles Dokument vor. Darüber hinaus wurden in dem Bericht Schwerpunkte aufgegriffen, die in der Freiheitsglocke bereits vor Jahren genannt wurden und die – wegen Nichtbeachtung seitens der Fraktionen – inzwischen von der VOS zurückgestellt worden waren. Dazu gehören bei der Opferrente die Abschaffung der Bedürftigkeitsklausel und die Vererbbarkeit im Todesfall des Beziehers auf den/die Hinterblieben/e bei Ehepaaren, die vor November 1989 getraut wurden, sowie die Aufhebung der Nachweispflicht bei Einmalzahlungen durch Stiftungen.

Ein entscheidender Schritt wäre die rasche Umsetzung der in Passus 2.1.2.5 angesprochenen Dynamisierung der Opferrente. Würde man bis 2025 warten, würden schon viele Betroffene nicht mehr von der in Aussicht gestellten Dynamisierung profitieren können.

Von besonderer Bedeutung dürfte die Aussage unter 2.1.1.1 für die ehemaligen politischen Häftlinge sein, wo es heißt: „Aufgrund der aktuell steigenden Inflation sinkt der reale Wert der vorangegangenen Erhöhung zunehmend. Die SED-Opferbeauftragte begrüßt, dass der Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP eine Dynamisierung der Opferrente vorsieht.

Um auf die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung zu reagieren und die SED-Opferrente dauerhaft inflationssicher zu gestalten, empfiehlt die SED-Opferbeauftragte, neben einer spürbaren Erhöhung der Opferrente diese zu dynamisieren. Auf diese Weise wird zudem die wiederkehrende Debatte über die Angemessenheit der Höhe der Opferrente, die von vielen Opfern der SED-Diktatur als belastend wahrgenommen wird, vermieden.“

Hiermit sind auch die jüngsten Forderungen aus der Freiheitsglocke, die als Initiative 800 vorgestellt wurden, berücksichtigt. Welche Höhe eine einmalige Aufstockung erfährt, wäre zu klären. Ebenso könnte diskutiert werden, ob und in welchem Umfang Reha-Leistungen und andere Entschädigungen mit einer höheren Opferrente als abgeglichen gelten könnten. Tatsache ist, dass neben dem Antragsstress für die Betroffenen zugleich der Verwaltungsaufwand und der umstrittene Einsatz beliebiger Gutachter zurückgefahren werden könnten.

Ein interessanter Aspekt eröffnet sich unter Ziffer 2.1.3, wo die psychisch soziale Begleitung der Opfer im Alter angeregt wird. Hier wird eine Problematik aufgezeigt, die wir in der Freiheitsglocke zwar oft aufgeführt haben, die allerdings nie wirklich zu Lösungswegen – es sei denn höhere finanzielle Zuwendungen – führte. Gerade unter den SED-Opfern ist die Zahl der psychisch stark Belasteten erheblich gewachsen. Dies hängt mit der aktuellen Kriegssituation und den Einschränkungen durch die Pandemie zusammen. Das Hafttrauma, die Angst vor einer Ausweitung des Krieges auf Mitteleuropa und der Rückkehr der Diktatur sind unversehens da. Die meisten ehemaligen politischen Häftlinge fürchten sich zudem davor, sich mit dieser Angst und den daraus resultierenden dauerhaften Depressionen zu outen. Die heutige Gesellschaft hat für diese Gruppe nicht mehr viel Verständnis. In der Tat wäre es äußerst hilfreich, auf unkompliziertem Weg den Betroffenen eine soziale Betreuung, und seien es nur Gespräche, zu ermöglichen. Diese dürfen nicht das Ziel haben, am Ende ein Gutachten zu erstellen, um dann wiederum Mittel zu erlangen. Es wäre gerade in den Alten Bundesländern, wo viel zu wenig für die SED-Opfer getan wird, ein enormer Fortschritt.

Anzumerken ist hierbei, dass für die ehemaligen Häftlinge die Freiheitsglocke eine wirklich wichtige Rolle spielt. Allein die Tatsache, dass dieses Organ nach 72 Jahren immer noch erscheint, gibt den Betroffenen ein Gefühl, nicht ganz vergessen zu sein und auch immer wieder die Stimme zu erheben, zumal sehr intensiv Einzelschicksale und gesellschaftliche Erscheinungsbilder festgehalten werden. Soll heißen: Eine Unterstützung – wie auch immer – zur Erhaltung des traditionsreichen Organs durch die Bundesbeauftragte wäre allein eine Maßnahme, die manches psychiatrische Gespräch und eine soziale Begleitung vorerst verzichtbar machten.

Es lassen sich in diesem Rahmen nicht sämtliche Punkte des Dokuments (z. B. Gedenkkultur, weitere Erforschung des SED-Unrechts, Netzwerke der Verbände und Organisationen) aufführen. Bestätigt sei jedoch, dass sich alles mit den Interessen der Opfer deckt. Es ist nun Sache der Politik, sich einzubringen. Frau Zupke und ihre Mitarbeiter haben eine sehr gute Arbeit geleistet, die Betroffenen stehen hinter ihnen, sie bedanken sich. *B. Thonn*

Vorbildlich im Dienste der VOS

Gratulation an Christine Härtkorn zum 95.

„Wie schnell doch fünf Jahre vergehen. Eigentlich schien es erst kurze Zeit her zu sein, dass wir Christine Härtkorn aus Memmingen zum 85. Geburtstag gratuliert haben, da meldet sich das digitale Gedächtnis und teilt uns mit, dass dieselbe Kameradin am 16. August 2017 bereits ihren 90. Geburtstag feiert.“ – Genau dies waren die Worte, mit denen vor fünf Jahren der Redakteur der Freiheitsglocke seinen Glückwunsch an Christine Härtkorn einleitete.

Nun ist Christine Härtkorn wiederum fünf Jahre älter und nichts ist anders. Immer noch ist sie rührig, geistig auf dem Höchststand und an der Lösung der aktuellen Probleme beteiligt. Diesen Glückwünschen und ihrer mehrfach in der Fg geschilderten Vita ist auch nach fünf Jahren wenig hinzuzufügen. Bestenfalls sei in der Statistik der Generalversammlungen ihre Teilnahme im vorigen Jahr nachzutragen. Nunmehr sind es 61 Jahre, die sie unserem Verband angehört, und das ist eine Zeit, die trotz der stark nach oben weisenden Altersstruktur nicht mal alle Mitglieder an Lebensjahren aufzuweisen haben. Natürlich, wir alle drücken die Daumen, dass der Redakteur – hoffentlich leben dann er und diese Zeitung noch – nach weiteren fünf Jahren die goldene Kolumne für eine Hundertjährige ausfüllen darf. Die Zeichen stehen günstig, womit die komplette Konstellation der Jubilarin gemeint ist und auch der obligatorische Hinweise nicht fehlen soll: Der VOS anzugehören heißt, viele Lebensjahre gebucht zu haben. Eine Erkenntnis, ein Wunsch, die humorvoll klingen, die dennoch ernst und aufmunternd gemeint sind.

Und nun, für alle, die neu in der VOS sind oder den Glückwunsch vor fünf Jahren nicht gelesen haben, hier in Kürze etwas aus dem Leben von Christine Härtkorn: Geboren 1927 in Stettin (heute Polen) musste sie vor Kriegsende fliehen, geriet jedoch in die Fänge der Sowjets. Weil ihr Vater, der sich mittlerweile in den Westen abgesetzt hatte, der Wehrmacht angehört hatte und von den Sowjets zum Nazi abgestempelt worden war, musste die kaum 20-jährige Tochter unschuldig büßen. Sachsenhausen, Hoheneck waren über mehrere Jahre ihre Stationen. Nach der Haftentlassung die Flucht in den Westen und der Beitritt zur VOS.

Seitdem unbesiegbar und für den Verband VOS unschätzbar wertvoll. Herzlichen Glückwunsch.

Im Namen des Verbandes, Der Bundesvorstand/Red.

Fortsetzung von Seite 1

Opferrente: Die Argumente sind dargelegt und machen Zuversicht

Die Bundesbeauftragte für die Opfer des SED-Unrechts legt den Jahresbericht für 2022 vor

➔ Rein rechnerisch dürften dem Haushalt in der Gesamtheit keine Mehrkosten entstehen, da immer mehr Bezieher sterben und kaum Anspruchsberechtigte hinzukommen. Bei einer höheren Opferrente wird auch die Zahl der Antragsteller auf Therapien und die Anerkennung von Gesundheitsschäden abnehmen, nicht zuletzt hat auch dies mit dem stark steigenden Altersdurchschnitt zu tun.

Mit der Berufung einer Bundesbeauftragten für Diskriminierungsangelegenheiten im Juni/Juli 2022 und deren Argumentationsweise bei Konfliktsituationen hat sich eine Vergleichbarkeit für die Ansprüche der SED-Opfer ergeben: Wer sich als mutmaßlich Diskriminierte(r) wegen Unterstützung an diese Beauftragte wendet, muss zum Nachweis keine unmittelbaren Beweise vorlegen. Es reichen in einem solchen Fall prüfbare Indizien, auf deren Basis weiter ermittelt wird. Damit wird quasi die Beweislastumkehr angewandt, die auch die SED-Opfer bei Anträgen auf Anerkennung von Schäden der Gesundheit durch die Haftbedingungen lange schon einfordern. Immerhin ist die politische Haft, um die es bei uns geht, mehr als ein Indiz, sie ist in der Gesamtheit und in Tausenden Einzelfällen – oft genug sehr drastisch – erwiesen. Die Anwendung dieser Tatsache würde als Argument für die Erhöhung der Opferrente ausreichen, zumal sich die Gutachter oft weigern oder nicht in der Lage sind, sich ein klares Bild der Haftanstalten, der Vernehmungen und der Tiefe des erzeugten Traumas zu machen.

Abschließend möchten wir Frau Zupke und ihrem Team danken, dass sie sich für uns ehemalige politische Häftlinge in einer Sache einsetzt, die im nächsten Schritt der Politik zu vermitteln und dort durchzusetzen ist. Das wird keineswegs einfach sein.

Alexander Richter-Kariger

Vorausdenken für 17. Juni 2023

Die Fortsetzung der Geschichte aufzeigen

Es ist durchaus wichtig, auf den 17. Juni als Gedenktag der deutschen Geschichte hinzuweisen und ihn würdig zu begehen. Immerhin haben wir im nächsten Jahr die 70-jährige Wiederkehr dieses in der Geschichte Deutschland einschneidenden Ereignisses. Damals war man der Einheit unseres Landes schon sehr nahe. Wir werden das auch in der VOS-Sachsen würdig tun.

Ich war übrigens gerade auf dem Südfriedhof am Grab der Kameraden, die am 17. Juni 1953 in Leipzig erschossen wurden. Es beeindruckt mich immer wieder. Auch am Grab von Dr. Werner Teske, der als letzter DDR- Bürger auf Mielkes Geheiß hingerichtet wurde bin ich gewesen. Eine schreckliche Erinnerung. Im Film „Nahschuss“ gelingt es den Filmemachern identisch darzustellen, dass die Todesstrafe zum Ritual des DDR-Systems gehörte.

Frank Nemetz, VOS Leipzig, Landesvorsitzender

Deutsche China-Politik: Pandabären statt Solidarität mit Liu Xiaobo

Wir fürchten uns vor Putin, aber wir ignorieren die schleichende Gefahr aus Peking

Dass bei einer Auseinandersetzung zweier Parteien meist ein Dritter profitiert und unerwartet oder erwartet daraus Vorteile zieht, ist nicht nur eine Volksweisheit, sondern eine historische Erfahrung. In der Auseinandersetzung des Westens, insbesondere Europas und der USA mit Russland im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg, wird dieser Dritte bisher verschwiegen: China. Welche Rolle China in diesem weltpolitischen Konflikt letztlich spielen kann und spielen wird, müsste besonders für europäische Politiker eine der wichtigsten strategischen Fragestellungen sein. Denn darin entscheidet sich das Schicksal Europas. China ist heute wirtschaftspolitisch so gestärkt, dass es sowohl Russland als auch Europa „verhungern" lassen kann. Bisher hat sich das Land noch nicht absolut eindeutig entschieden und hält sich Optionen nach beiden Seiten offen. Aber die künftigen politischen Entscheidungen Chinas sind in der kommenden Weltordnung am gefährlichsten für den Westen. Auch Russland wäre verloren ohne die Rückendeckung Chinas. Putin hat hier aber im Gegensatz zum Westen mit strategischer Weitsicht vorgesorgt, während sich Frau Merkel und andere westliche Politiker vom süßlichen Lächeln des Diktators Xi Jinping täuschen ließen. Bundeskanzlerin Angela Merkel ließ sich im selben Jahr von ihm Pandabären schenken als der chinesische Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo qualvoll in politischer Haft starb.

Ich weise besonders deshalb auf letztere Tatsache hin, weil ich gerade jetzt wieder an die Worte unseres verstorbenen Kameraden Sir John Noble erinnert werde. Ende der 1990er Jahre und dann noch nach 2000 war ich mit ihm zu zahlreichen Vorträgen in Sachsen unterwegs. Nicht nur die sechs schweren Haftjahre seiner Jugendzeit in WORKUTA, sondern auch seine Lebenserfahrung brachten ihn zu der Erkenntnis, *„Ihr Deutsche werdet erst aufwachen, wenn ihr in chinesischen Fabriken arbeiten müsst, und die Diktatur hautnah zu spüren bekommt."*

Abgesehen davon haben auch andere Kameraden besonders in der Freiheitsglocke mehrfach öffentlich auf die Menschenrechtsverletzungen und die Gefährlichkeit chinesischer Politik hingewiesen, allen voran Kamerad Kuo (✞). Ich erinnere an die Fg vom Januar 2011 und vom April 2015 oder an den Artikel über den inhaftierten oben erwähnten Friedensnobelpreisträger vom Oktober 2010.

Dass China heute dem Westen hochgefährlich wird, ist das Ergebnis naiver westlicher Wirtschafts- und Handelspolitik in den letzten 50 Jahren. Jahrzehntelang hat man offenherzig Wirtschafts- und Industriespionage Tür und Tor geöffnet. Neueste Technik und Technologie wurde nach China exportiert. Tausende westliche Firmen bauten Zweigbetriebe in China auf, verlegten ganze Produktionsketten nach China. Und schließlich ermöglichte man in der globalen Arbeitsteilung sogar, dass Europa in strategischen Wirtschaftsbereichen von China abhängig wurde. Kapitalistische Profitsucht schaufelte sich ihr eigenes Grab. Erst die Corona-Pandemie schreckte die westlichen Politiker auf. Aber hat man Lehren daraus gezogen? Anscheinend nicht. Wer als Politiker geschichtliche Zusammenhänge und unsere Erfahrungen über den Kommunismus negiert, kommt zu jenem Schluss wie etwa beim letzten militärischen Desaster ein deutscher Außenminister: *„Wir konnten das nicht voraussehen."* Natürlich! Fast alle deutschen Politiker sind Juristen, Geschichtswissen gleich mangelhaft. Ansonsten wüsste man: Wer die Geschichte nicht kennt, kann die Zukunft nicht gestalten. *Dr. Bernd Müller-Kaller*
VOS Sachsen / Juni 2022

Hongkong: 25 Jahre

Leichtsinnige Übergabe an die kommunistische Diktatur

Es war ein Schritt, dessen bittere Auswirkungen man voraussehen konnte und musste: Am 1. Juli 1997 wurde die britische Kolonie Hongkong an die Pekinger Machthaber übergeben, wiewohl die Erinnerung an die blutige Niederschlagung des Aufstandes der Diktatur-Gegner in Peking vor damals acht Jahren deutlich präsent war. Einmal mehr hat sich gezeigt, wie naiv und hilflos sich westliche Demokratien verhalten, wenn ihnen die Diktatoren durchsichtige Zusagen vorlügen.

Was wird als nächstes geschehen? Wie sicher ist Taiwan, wie sicher ist Westeuropa? *B. Thonn*

Wir trauern um

Werner Männchen	**Bezirksgruppe Freiberg**
Jürgen Krahn	**Bezirksgruppe Rhein-Ruhr**
Siegfried Freitag	**Bezirksgruppe Gera**
Rudolf Sehm	**Bezirksgruppe Chemnitz**
Horst Radtke	**Bezirksgruppe Königs-Wusterhaus.**
Kurt Selch	**Bezirksgruppe Detmold**
Günther Zausch	**Bezirksgruppe Leipzig**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Such-Anzeigen

Anfrage zum Konstruktionsbüro im Zuchthaus Cottbus

Gesucht werden

Ehemalige Cottbus-Häftlinge (Zeitzeugen),

die im Konstruktionsbüro gearbeitet haben. Bitte mit diesen Angaben melden:

Name, Vorname, Geburtsdatum, Beruf (vor der Rente)
Zeitraum der Inhaftierung im Zuchthaus Cottbus, Zeitraum des Einsatzes im Konstruktionsbüro
Welche Arbeit wurde vom Zeitzeugen im Konstruktionsbüro verrichtet?
Gericht, Urteil (Paragraph), Strafmaß, Datum der Haftentlassung, DDR-Entlassung oder West.
Gab es besondere Erlebnisse im Zusammenhang mit dem Konstruktionsbüro? Welche?

Anfrage zum Haftkrankenhaus Leipzig-Meusdorf

Gesucht werden

Meusdorf-Häftlinge (Zeitzeugen/ZZ)

Bitte mit folgenden Angaben melden:
Name, Vorname, Geburtsdatum, Beruf (vor der Rente)
Zeitraum des des Aufenthaltes im Zuchthaus Meusdorf.
Grund für den Aufenthalt in Meusdorf.
Welche Ärzte in Meusdorf wurden dem Zeitzeugen namentlich bekannt? Hat der Zeitzeuge die ärztlichen Unterlagen aus Meusdorf in seinem Besitz? Gibt es Langzeit-Nebenwirkungen der Behandlung in Meusdorf?
Gibt es besondere Erlebnisse im Zusammenhang mit dem Aufenthalt in Meusdorf?

Außerdem bitte angeben:
Gericht, Urteil (Paragraph), Strafmaß, Datum der Haftentlassung, DDR-Entlassung oder West.
Gab es besondere Erlebnisse im Zusammenhang mit dem Haftkrankenhaus Meusdorf? Welche?

Bitte bei der Bundesgeschäftsstelle der VOS melden. Adresse auf dieser Seite rechts

Bis zuletzt mutiger Zeitzeuge gewesen

Trauer um Jürgen Krahn aus dem Münsterland

Ende Mai verstarb unser Kamerad Jürgen Krahn, nachdem er sich bis zum letzten Atemzug für die Aufarbeitung des Unrechts und die Einrichtung von Gedenkplätzen eingesetzt hat. Jürgen Krahn war zu sechs Jahren Haft verurteilt und lebte zuletzt in Dülmen.

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)
Uhlandstraße 120, 10 170 Berlin

PVSt Deutsche Post, Entgelt bezahlt, G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin-Wilmersdorf

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Postbankkonto Köln
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Chefredakteur: A. Richter-Kariger (www.first.minute-buecher.de),
eMail: redaktion@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden (steuerlich absetzbar) erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 839 840 erscheint Sept./ Oktober 2022
Redaktionsschluss der FG 837/838 am 18. Juli 2022